

NÖGEMEINDE

FACHJOURNAL FÜR GEMEINDEPOLITIK

SCHWERPUNKT. SPAREN

Gestalten trotz knapper Kassen

© Areaba - stock.adobe.com

GEMEINDEVERBÄNDE

**Gemeinsam
stärker**
im Verband

INVESTITIONEN

Wie Gemeindegeld
den **Wirtschaftsmotor**
am **Laufen hält**

BAU' TAGE 25

11. – 13. 11. 2025 // Congress Loipersdorf

Der Fachkongress der Bauwirtschaft.
Die Vernetzungsplattform für Entscheidungsträger.

WORKSHOPS, KEYNOTES UND PANEL TALKS ZU AKTUELLEN THEMEN:

- >> Kosteneffizientes Bauen
- >> Digitalisierung & KI
- >> Gebäudetyp E
- >> Systembau & Vorfertigung
- >> ESG, Nachhaltigkeit, aber bitte weniger Bürokratie
- >> Nachverdichtung als Schlüssel zur Effizienz

**JETZT ANMELDEN AUF
BAUTAGE.AT**



a3Bau

www.bautage.at / www.a3bau.at

SCHWERPUNKT. SPAREN



© freepress - stock.adobe.com

Die Gemeinden müssen sparen. Wie man trotz geringer Budgets zukunftsfähige Projekte umsetzen kann.

04 Gemeinsam stärker im Verband

Gemeindeverbände helfen, Kosten zu sparen

06 Aufträge

Regionale Vergabe als Chance für Niederösterreichs Wirtschaft

08 Finanzierung

Freie Liquidität durch strategisches Schuldenmonitoring

10 Investitionen

Wie Gemeindegeld den Wirtschaftsmotor am Laufen hält

14 Kleine Gemeinden, starke Finanzen

Hernstein, Scharndorf und Parbasdorf zeigen, dass solides Haushalten möglich ist.

18 Personal

Mehr Effizienz durch neue Strukturen

KOMMUNALINFO

20 40 Jahre Dorferneuerung

Zukunft beginnt im Ortskern

POLITIK



© David Schreiner

22 Landesversammlung

Der NÖ Gemeindebund verjüngt sich

AUS ERSTER HAND

SPAREN: SPAGAT ODER KRAFTAKT?



In immer mehr Gemeinden wird es mit der Budgeterstellung 2026 ernst mit dem Sparen. Was am Anfang noch ein Balanceakt – also ein klassischer Spagat zwischen dem Einbremsen von Ausgaben und dem gleichzeitigen Erhalten der Motivation bzw. dem Ermöglichen wirtschaftlicher Dynamiken – ist, könnte zunehmend zum Kraftakt werden, wenn wir in unseren Gemeinden mit aller Kraft Einnahmen generieren und Ausgaben kürzen müssen – insbesondere dort, wo nicht frühzeitig vorgesorgt wurde.

Damit es beim gefühlvollen Spagat bleibt und nicht zum gewaltigen Kraftakt wird, zeigen wir in dieser NÖ Gemeinde vorausschauende Sparmöglichkeiten auf, die dennoch Gestaltungsspielräume lassen. Aber egal, wie man's macht: Von Beginn an müssen drei Parameter stets genau betrachtet werden – die Personalkosten, die Schuld- und Zinsbelastung sowie die Einnahmen.

Rund ein Viertel des Budgets machen die Personalkosten der Gemeinden ohne Wien im Durchschnitt aus. Der Personalaufwand ist aufgrund steigender Dienstleistungsaufgaben stetig angestiegen. Verbesserungen sind durch eine gezielte Einsatzorganisation, Auslagerungen (z. B. an Verbände) oder durch digitale und technische Ersatzlösungen möglich. Trotz Optimierung müssen jedoch die Arbeitsbedingungen weiterhin gut und motivierend sein. Denn ohne diese ist gutes Personal wiederum „teuer“ – ein erster „Spagat“, der, wenn er gelingt, die Gemeindefinanzen deutlich entlasten kann. Ein hoher Schuldenstand führt zu enormen Rückzahlungs- und Zinsverpflichtungen. Und die engen bei hohen Zinsen wiederum den finanziellen Spielraum enorm ein. Durchschnittlich wenden die Gemeinden ohne Wien rund 7 Prozent des jährlichen Budgets für Schuldentilgung und Zinszahlungen auf. Gleichzeitig können Projekte aber nicht ewig aufgeschoben werden, weil sonst ein massiver Erneuerungsstau entstehen würde – ein zweiter „Spagat“ zwischen gezieltem und maßvollem Investieren und gleichzeitig rückzahlbarem Verschulden. „Wer den Pfennig nicht ehrt, ist des Talers nicht wert“, heißt ein bekanntes Sprichwort. Gemeint ist hier jedoch kein kleinkrämerisches Groschenzählen, bei dem der Verwaltungsaufwand größer ist als der Nutzen, sondern das konsequente Anpassen von Gebühren, das Nachziehen von Erhöhungssätzen, das Nachverhandeln von Bankkonditionen und die automatisierte Einhebung. Auch die öffentliche Hand hat „nichts zu verschenken“, sondern muss vielmehr das Steuergeld konsequent einfordern und – wo nötig – anpassen. Das ist ein dritter Spagat: zwischen dem Grundsatz „Nichts liegen lassen“ und dem gleichzeitigen Bemühen, Verständnis dafür zu schaffen, wofür das Geld eingesetzt wird und wem es nützt – ein Spagat, der, wenn er gelingt, sogar das Vertrauen in die Gemeindeverwaltung stärken kann.

BGM. DIPL.-ING. JOHANNES PRESSL, PRÄSIDENT


SCHWERPUNKT. SPAREN

Gemeinsam stärker im Verband

Gemeinden stehen vor vielfältigen Herausforderungen, die sie allein oft nur schwer bewältigen können. Gemeinsam lassen sich Ressourcen bündeln, Kosten senken und gleichzeitig lässt sich die lokale Identität bewahren – Zusammenarbeit macht stärker und zukunftsfähiger.

✉ VON HELMUT REINDL

Es war ein klassisches Sommerloch-Thema: Im August wurde wieder einmal die Forderung nach Gemeindezusammenlegungen laut. Diesmal waren es die NEOS, die damit die diversen Budgetlöcher stopfen wollen. Die Erfahrungen aus der Steiermark zeigen jedoch, dass Fusionen nicht immer erfolgreich sind. Nicht nur, dass dort, wo die Bürger befragt wurden, die Zusammenlegungen oft abgelehnt wurden, konnten auch die erhofften Einsparungen meist nicht erreicht werden.

Niederösterreich hat bereits zusammengelegt

In Niederösterreich wurde bereits in den 1960er- und 70er Jahren die Zahl der Kleingemeinden drastisch reduziert. Bis zum Jahr 1971 sank die Anzahl der Gemeinden von 1.652 auf etwa 559. Diese Fusionen betrafen vor allem Orte mit weniger als 1.000 Einwohnern. Einige Zusammenlegungen wurden später rückgängig

gemacht, sodass es heute 573 eigenständige Gemeinden gibt.

Wenn man in zwei oder mehr Gemeinden der Ansicht ist, dass eine Zusammenlegung sinnvoll ist, ist das auch heute möglich. Generell setzt man in Niederösterreich heute aber auf die Zusammenarbeit in Gemeindeverbänden. „Wir brauchen keine ständige Diskussion über Zusammenlegungen, die unsere direkte Demokratie aushöhlt“, erklärte NÖ Gemeindebund-Präsident Johannes Pressl kürzlich bei der Landesversammlung. „Was wir mehr denn je wollen, sind Kooperationen, die effizient und verwaltungskostenparend sind. Nicht Zusammenlegen, sondern zusammenarbeiten, ist unser Credo.“

Die Vorteile liegen auf der Hand:

- Die politische Selbstständigkeit bleibt erhalten: Jede Gemeinde behält Bürgermeister, Gemeinderat und eigene Entschei-



© Yellone - stock.adobe.com

dungshoheit. Bürger können weiterhin direkt Einfluss auf lokale Themen nehmen.

- Effizienz und Kostenteilung: Durch die Bündelung von Aufgaben lassen sich Ressourcen sparen, ohne dass eine komplette Verwaltungsfusion nötig wird.
- Flexibilität: Verbände können je nach Bedarf gebildet, angepasst oder wieder aufgelöst werden. Die Zusammenarbeit ist projektbezogen und weniger bürokratisch.
- Erhalt von Identität und Gemeinschaft: Historische und kulturelle Besonderheiten jeder Gemeinde bleiben sichtbar, die Bindung der Bevölkerung an den Heimatort bleibt.

Die Praxis zeigt, dass Gemeinden durch Verbände effizienter, bürgernäher und gleichzeitig selbstständig bleiben können – eine Lösung, die deutlich weniger Konflikte und Kosten verursacht als erzwungene Fusionen. Niederösterreich setzt damit auf Kooperation statt Zwang, um die Balance zwischen Verwaltungseffizienz und lokaler Identität zu wahren. Die Kostenersparnis ist enorm: „Wenn eine Gemeinde die Abgaben selbst einhebt, dann müssen ca. 13 Prozent davon für die Verwal-

tung ausgegeben werden. Wenn es über den Verband gemacht wird, dann sind es höchstens drei Prozent. Das heißt, die Gemeinde erspart sich rund zehn Prozent der Abgabenhöhe“, rechnet Anton Kasser, bis vor Kurzem Obmann des Gemeinde-Dienstleistungsverbandes Amstetten und jetzt Finanzlandesrat, vor. Ein weiterer Vorteil, der vor allem den Abgabebereich betrifft: Dadurch, dass die Abgaben durch den Verband eingehoben werden, ersparen sich die Gemeinden viele emotionale Diskussionen mit Bürgerinnen und Bürgern, die durch den Verband als neutralen Dienstleister abgedefert werden.

Rechtsberatung durch den Verband

Im Bereich der Abfallwirtschaft sind österreichweit fast alle Gemeinden in Verbänden organisiert. Viele Verbände wurden als Abfall-, Wasser- oder Abgabenverband gegründet, haben aber ihr Tätigkeitsfeld ausgeweitet. So etwa der GVV Melk, der sich von einem Umwelt- und Abgabenverband zu einer umfassenden Service-Organisation für die Gemeinden des Bezirks – und sogar darüber hinaus – entwickelt hat (Die NÖ Gemeinde berichtete im Juni 2023). Der Trend geht in Richtung von Multi-Dienstleistungsverbänden, die eine Fülle von Aufgaben übernehmen. Auch der 1972 gegründete Gemeindeverband Zwettl war ursprünglich nur für die Einhebung von Abgaben zuständig, übernahm dann die Müllentsorgung und erledigt jetzt eine Fülle von Aufgaben für die 25 Mitgliedsgemeinden. Innovativ ist, dass auch juristische Beratung angeboten wird. „Wir haben dafür einen Juristen angestellt, der die Gemeinden und den Verband bei Rechtsfragen berät. Er ist Vollzeit angestellt und sehr gut ausgelastet“, berichtet Verbandsobmann Andreas Maringer, Bürgermeister von Langschlag. „Wir sind froh, dass wir ihn haben.“ Finanziert wird der Mitarbeiter teils vom Verband und teils von den Gemeinden.

„Ein großer Vorteil der Auslagerung an den Verband ist, dass die Beschäftigten dort absolute Profis in ihrem Bereich sind. Es geht ja dabei um Tätigkeiten, die nicht alltäglich sind. Wenn ein Gemeindemitarbeiter sich nur einmal im Jahr mit einer Sache beschäftigt, ist klar, dass er das wahrscheinlich nicht so effizient machen kann, wie der Verbandsmitarbeiter, der das jeden Tag macht“, so Maringer. ■■■



👏 Ein großer Vorteil der Auslagerung an den Verband ist, dass **die Beschäftigten dort absolute Profis in ihrem Bereich sind.**



Andreas Maringer
Bürgermeister von Langschlag und Obmann des Gemeindeverbands für Abgabeneinhebung und Müllbeseitigung Bezirk Zwettl

■ AUFTRÄGE

Regionale Vergabe als Chance für Niederösterreichs Wirtschaft

Öffentliche Aufträge sind für Gemeinden und Städte weit mehr als reine Investitionen in Infrastruktur oder Dienstleistungen. Sie sind ein entscheidender Hebel, um regionale Betriebe zu stärken, Arbeitsplätze zu sichern und die Wertschöpfung in Niederösterreich zu halten. Mit der neuen Schwellenwerteverordnung 2025 wird diese Aufgabe nun wesentlich erleichtert.

☑ VON ROMAN VONDERHAID

Die Anhebung der Schwellenwerte bringt deutliche Entlastungen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und sorgt dafür, dass öffentliche Mittel künftig noch stärker in der Region wirksam werden.

„Die Anhebung der Schwellenwerte ist ein wichtiger, erster Schritt – besonders für die regionale Wirtschaft“, betont Wolfgang Ecker, Präsident der Wirtschaftskammer Niederösterreich. Gemeinden können nun Aufträge in einem deutlich größeren Ausmaß direkt vergeben, ohne komplizierte und aufwändige Verfahren einleiten zu müssen. Für Bau-, Liefer- und Dienstleistungen wurde die Grenze für Direktvergaben auf 143.000 Euro netto angehoben. Im Baubereich bleibt das nicht offene Verfahren ohne Bekanntmachung bis zu einem geschätzten Auftragswert von einer Million Euro netto weiterhin zulässig.

Mehr Dynamik für die Betriebe vor Ort

Gerade in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten zählt jeder Auftrag, der ohne überbordende Bürokratie an ein lokales Unternehmen vergeben werden kann. „Jeder Auftrag, der direkt in die Region geht, ist auch ein Gewinn für die gesamte Gemeinschaft“, so Ecker. Durch die neuen Schwellenwerte wird es für viele KMU einfacher, an Ausschreibungen teilzunehmen. Das ist entscheidend, denn sie bilden das Rückgrat der niederösterreichischen Wirtschaft: Sie schaffen Arbeitsplätze, sichern Ausbildungsplätze für junge Menschen und halten regionale Netzwerke lebendig. Die Vereinfachung der Vergabe bedeutet auch für Gemeinden Vorteile: Sie können Projekte schneller umsetzen, profitieren von kurzen Wegen und regionalem Know-how und fördern gleichzeitig Unternehmen, die in der

Region Steuern zahlen und damit wieder zum Gemeindebudget beitragen. So entsteht eine Win-Win-Situation, von der Auftraggeber und Auftragnehmer gleichermaßen profitieren.

Befristung bis 2026 – Ruf nach Dauerlösung

Noch gilt die Schwellenwerteverordnung bis 31. März 2026. Für die Wirtschaftskammer Niederösterreich ist das jedoch nur ein erster Schritt. „Nur wenn diese Erleichterung dauerhaft abgesichert wird, können unsere regionalen Unternehmerinnen und Unternehmer auch nachhaltig von der Entlastung profitieren“, fordert Ecker. Denn Planungssicherheit ist für Betriebe unverzichtbar: Nur wer weiß, dass diese Regelungen auch in Zukunft bestehen, kann langfristig investieren, Personal aufbauen und Kapazitäten erweitern. Eine dauerhafte Lösung würde daher nicht nur den Betrieben, sondern der gesamten regionalen Wirtschaft zugutekommen.

Fazit

Die Anhebung der Schwellenwerte ist ein klarer Impuls für die Stärkung der regionalen Wirtschaft. Sie erleichtert den Zugang zu Aufträgen für KMU, hält die Wertschöpfung in Niederösterreich und sorgt für raschere Umsetzungen in den Gemeinden. Entscheidend wird nun sein, dass diese Erleichterungen nicht mit März 2026 enden, sondern dauerhaft abgesichert werden. Denn nur so können die positiven Effekte langfristig wirken.

„Regionale Vergabe ist mehr als ein wirtschaftliches Thema“, bringt es Wolfgang Ecker abschließend auf den Punkt. „Sie stärkt die Betriebe, schafft Arbeitsplätze, erhöht die Lebensqualität und macht unsere Regionen zukunftsfit.“ ■■■



Kontakt

Wirtschaftskammer
Niederösterreich,
Abteilung
Wirtschaftspolitik
Mag. Alexandra
Hagmann-Mille, MBA
Wirtschaftskammer-Platz 1
3100 St. Pölten
Tel.: 02742/851-16210
E-Mail: wirtschaftspolitik@
wknoe.at
<https://wko.at/noe/wp>



ROMAN VONDERHAID
ist Pressesprecher der
Wirtschaftskammer
Niederösterreich



Im Baubereich bleibt das nicht offene Verfahren ohne Bekanntmachung bis zu einem geschätzten Auftragswert von einer Million Euro netto weiterhin zulässig.

👉 Jeder Auftrag, der direkt in die Region geht, ist auch **ein Gewinn für die gesamte Gemeinschaft.**



Wolfgang Ecker
Präsident der Wirtschaftskammer Niederösterreich

INFOS

Hilfestellungen für Gemeinden und Auftraggeber

Damit die Vorteile der neuen Verordnung optimal genutzt werden, bietet die Wirtschaftskammer Niederösterreich praktische Unterstützungen.

Ein bewährtes Instrument ist der Online-Ratgeber.

Dieses Tool hilft bei der Wahl eines regionalfreundlichen Vergabeverfahrens und stellt auch Musterformulare für den Beschaffungsprozess zur Verfügung. Rechtliche Vorgaben werden eingehalten und gleichzeitig regionale Spielräume bestmöglich ausgeschöpft.

ratgeber.wko.at/vergabe

Darüber hinaus wurde auch das WKNÖ-Vergabehandbuch mit Unterstützung der auf Vergaberecht spezialisierten Kanzlei Schramm Öhler Rechtsanwälte GmbH aktualisiert.

Es steht online gratis zum Downloaden zur Verfügung und liefert praxisnahe Tipps für eine effiziente, rechtssichere und vor allem regionalfreundliche Vergabepaxis. Behandelt werden unter den Praxisbeispielen etwa die Errichtung eines Kindergartens, die thermische Sanierung eines Amtsgebäudes aber auch laufende kleine Aufträge im Bau- und Baunebengewerbe. Gemeinden profitieren besonders: Sie sparen Zeit, reduzieren Bürokratie und können noch gezielter regionale Betriebe einbinden.

wko.at/noe/vergabehandbuch

■ FINANZIERUNG

Freie Liquidität durch strategisches Schuldenmonitoring

Ein nachhaltiges Finanzmanagement ist ein zentraler Hebel für die strategische Steuerung einer Gemeinde. Es verbindet klassische Ziele wie Liquiditätssicherung und Wirtschaftlichkeit mit ökologischen sowie sozialen Aspekten und stärkt die Resilienz lokaler Strukturen.

✎ VON HEINZ HOFSTAETTER UND WERNER LEHNER

Durch ein regelmäßiges Monitoring kann bei bestehenden und neuen Darlehensfinanzierungen freie Liquidität geschaffen werden. Folgende Ziele gilt es zu berücksichtigen:

- Risiken erkennen und steuern
- Strukturen optimieren und Einsparungen erzielen
- Transparenz und Kontrolle sicherstellen
- Flexibilität gewährleisten
- Digitalisierung, Automatisierung und Steuerung verbessern
- Externe Expertise einbinden

Finanzierungslaufzeit an Nutzungsdauer anpassen

Die Anpassung von Darlehenslaufzeiten an die wirtschaftliche Nutzungsdauer der zugrunde liegenden Vermögenswerte kann zu einer spürbaren Reduktion der jährlichen Tilgungsbelastung führen. Dabei ist stets die gesetzlich zulässige Maximallaufzeit zu beachten. Als rückwirkender Laufzeitbeginn kann bei Finanzierungen im Bereich der kommunalen Siedlungswasserwirtschaft der Zeitpunkt der Kollaudierung, bei anderen Investitionen die Inbetriebnahme angesetzt werden.

In der Praxis zeigt sich, dass die Laufzeiten nicht immer optimal auf die Nutzungsdauern abgestimmt sind. Zudem verändern sich die Rahmenbedingungen und Parameter im Zeitverlauf, was eine regelmäßige Überprüfung bzw. Anpassung erforderlich macht. Besonders im Bereich der Infrastruktur- und Immobilienfinanzierungen besteht hier ungenutztes Potenzial.

Vermögen	Finanzierungsdauer, max	Abschreibungsdauer lt. VRV
Siedlungswasserwirtschaft	25 Jahre	50 Jahre
Immobilien	40 Jahre	40 Jahre

In Ausnahmefällen kann auch eine darüberhinausgehende Laufzeitverlängerung in Betracht gezogen werden. Diese erfordert, neben einer exakten Begründung und der Erörterung mit der Gemeindeaufsicht, jedoch meist eine erneute Bonitätsprüfung durch die Bank. Zusätzlich bedeutet diese außerordentliche Verlängerung, dass die Schuldenlast stärker auf zukünftige Generationen verlagert wird.

Tilgungsstruktur optimieren

Die Wahl zwischen Pauschal- und Kapitalraten beeinflusst die Höhe der Darlehenstilgungen und damit die Liquidität maßgeblich. Eine einfache Anpassung der Tilgungsstruktur kann in bestimmten Haushaltsjahren bis zu 20 Prozent der Tilgung freisetzen.

Verschiebungen oder temporäre Aussetzungen von Tilgungen können zusätzlich gezielt eingesetzt werden, um die Liquidität in bestimmten Haushaltsjahren zu verbessern. Zwar zeigen sich Banken in solchen Fragen nicht immer

Aspekt	Pauschalraten	Kapitalraten
Laufende Belastung	Konstant	Abnehmend
Anfängliche Belastung	Geringer	Höher
Gesamtzinsbelastung	Höher	Geringer
Planbarkeit	Einfacher	Schwieriger
Tilgungsgeschwindigkeit	Langsamer zu Beginn	Gleichmäßig

flexibel, dennoch lassen sich durch eine angepasste Tilgungsstruktur zusätzliche Mittel freisetzen.

Reorganisation bestehender Finanzierungen

Wenn bestehende Finanzierungsbedingungen deutlich vom aktuellen Marktniveau nach oben abweichen, kann eine Reorganisation des Darlehensportfolios – etwa durch Zinssatzreduktionen oder Umschichtungen – zur Freisetzung zusätzlicher Mittel beitragen; auch in Kombination mit Änderungen in der Tilgungsstruktur. Dabei kann selbstverständlich das Regionalprinzip in der Entscheidung berücksichtigt werden.

Ein gezieltes Ausnutzen günstiger Zinsphasen kann helfen, Zinsänderungsrisiken zu minimieren; insbesondere bei Gemeinden, die einen hohen Anteil an variabel verzinsten Darlehen aufweisen. Selbstverständlich sind dabei sowohl die Vor- und Nachteile sorgfältig abzuwägen. Die Komplexität bei Fixzinsvereinbarungen ist jedoch nicht zu unterschätzen.

Einsatz von Liquiditäts- und Kassenkrediten

Für kurzfristige Engpässe können Kassenkredite genutzt werden. Dabei ist auf marktgerechte Zinsen (Referenzsätze, Aufschläge) und Spesen zu achten.

Rücklagen strategisch nutzen

Auch die kurzfristige Veranlagung von Rücklagen kann unter Heranziehung der richtigen Referenzsätze zur Verbesserung des Zinssaldos beitragen. In Fällen, wo die Mittel zukünftig nicht mehr benötigt werden, kann die Überschussliquidität zur Rückzahlung bestehender Schulden verwendet werden. Der durch die eingesparte Zinsbelastung erzielte Zinssatz ist in der Regel unschlagbar.

Förderungen gezielt einbinden

Die frühzeitige Einbindung von öffentlichen Förderprogrammen führt zu einer Verbesserung der Liquidität. Ein gut vorbereiteter Zahlungsplan kann die derzeit eher langen Vorfinanzierungen für öffentliche Förderungen reduzieren und Zinskosten senken. Besonders bei Neukreditaufnahmen ist die richtige Strukturierung entscheidend: Längere Laufzeiten sind zwar

liquiditätsschonend, führen jedoch häufig zu höheren Aufschlägen der Banken.

Ausgelagerte Einheiten berücksichtigen

Auch ausgelagerte Organisationseinheiten wie kommunale GmbH, KG oder Finanzierungs- und Mietmodelle sollten aktiv in die strategische Finanzplanung der Gemeinde eingebunden werden. Ungünstige Strukturen können die Gemeinde langfristig finanziell belasten; nicht nur durch erhöhte Zinskosten, die oft regulatorisch bedingt sind, sondern auch durch fehlende Transparenz und Steuerungsmöglichkeiten.

Mögliche Rückführungen dieser Einheiten in den Gemeindehaushalt sind daher ein aktuelles und relevantes Thema. Sie bieten die Chance, finanzielle Belastungen zu reduzieren, die Steuerung zu verbessern und die Gesamtstruktur der Gemeindefinanzen nachhaltig zu optimieren.

Alternative Finanzierungsinstrumente

Langfristig könnten neue Finanzierungspartner wie Versicherungen oder Pensionskassen sowie Instrumente wie Schuldscheine, Anleihen oder Bürgerbeteiligungsmodelle eine größere Rolle spielen. Dabei sind regulatorische Anforderungen und Nachhaltigkeitsaspekte zu beachten.

Aus Sicht von FRC sind eine proaktive Finanz- und Liquiditätsplanung sowie eine laufende Analyse der Darlehensstruktur essenziell, um die finanzielle Flexibilität einer Gemeinde langfristig zu sichern. ■■■

FAZIT

Die gezielte Schaffung freier Liquidität erfordert:

- ▶ Transparente Haushaltsführung
- ▶ Professionelles Risikomanagement und Planung der Zahlungsströme
- ▶ Auswahl geeigneter Finanzierungsinstrumente und -modelle
- ▶ Exakte Einbindung von Förderbedingungen
- ▶ Regelmäßiges Monitoring und Reporting



MAG. HEINZ HOFSTAETTER

ist Geschäftsführer der FRC - Finance & Risk Consult GmbH. Niederlassung Niederösterreich



WERNER LEHNER

ist Geschäftsführer der FRC - Finance & Risk Consult GmbH. Niederlassung Burgenland



Kontakt

Mag. Heinz Hofstaetter,
Werner Lehner
Tel.: 05 1722 101
heinz.hofstaetter@frc.at
www.frc.at



INVESTITIONEN

Wie Gemeindegeld den Wirtschaftsmotor am Laufen hält

Gemeinekassen sind keine Schatztruhen – sie sind nachhaltige Werkzeuge. Jeder Euro, der über Grundsteuer, Kommunalsteuer, Ertragsanteile oder Gebühren in die Gemeinde fließt, verwandelt sich in Licht auf unseren Straßen, warme Klassenräume, sichere Gehsteige, barrierefreie Amtswege und Aufträge für regionale Betriebe. Gemeindefinanzen sind Mittel zum Zweck – und dieser Zweck heißt: Lebensqualität sichern, Wirtschaft beleben, Zukunft bauen. [🔗](#) VON GERHARD SENGSTSCHMID

Wer Grundsteuer, Kommunalabgaben oder Gebühren zahlt, finanziert ganz konkret Leistungen vor Ort. Die Gemeindefinnahmen werden nämlich zu einem Großteil wieder vor Ort investiert. Insgesamt geben die 573 niederösterreichischen Gemeinden jährlich rund 4,3 Milliarden Euro aus – ein enormer Hebel vor allem für lokale Unternehmen und regionale Services. Wenn Gemeinden investieren, arbeitet die regionale Wirtschaft: Planung, Bau, Elektrotechnik, Metallbau, Holz, regionale Zulieferer – jeder Auftrag erzeugt Arbeitsplätze und Wertschöpfung vor Ort.

„Natürlich versuchen wir immer, so viele Aufträge wie möglich an lokale und regionale Unternehmen zu vergeben. Das ist nämlich doppelt gut investiertes Geld, denn so fließt Steuergeld direkt an unsere Firmen, Arbeitsplätze werden gesichert und die regionale Wirtschaft wird gestärkt“, berichtet Amstet-

tens Bürgermeister Christian Haberhauer. In Amstetten wurden in den vergangenen Jahren mit dem Stadtbad, dem neuen Hauptplatz und der Zusammenlegung der drei Bauhöfe (siehe auch Seite 18) in einer zentralen Stadtpflege zahlreiche bauliche Investitionen getätigt.

„Diese Projekte stärken natürlich vor allem die heimische Wirtschaft und durch die Kommunalsteuern schließt sich der Kreislauf wieder“, erklärt Haberhauer.

Zusätzlich zu den kommunalen Steuern und Abgaben investieren auch Land und Bund in die Gemeinden. Heuer und in den kommenden Jahren kommen aus dem kommunalen Investitionsprogramm des Bundes für NÖ Gemeinden rund 160 Millionen Euro, unbürokratisch und ohne Co-Finanzierungen, wie der Präsident des Österreichischen und des Niederösterreichischen Gemeindebunds, Johannes Pressl, betont: „Es wird in Zukunft keine Co-Finanzierungen und keine mühsame Abwicklung



© Agentur ...undPunkt.

„Natürlich versuchen wir immer, **so viele Aufträge wie möglich an lokale und regionale Unternehmen zu vergeben.**“

Christian Haberhauer
Bürgermeister von Amstetten



mehr geben. Damit kommt das Geld direkt in den Gemeinden an. Das ist ein starkes Signal in wirtschaftlich angespannten Zeiten. Die Bundesmittel kommen rasch, direkt und ohne Anträge zu uns – das ist nicht nur eine enorme Entlastung, sondern gibt auch neue Handlungsspielräume für notwendige Investitionen.“

Von der Grundsteuer zur Straßenbeleuchtung: Woher kommt das Geld?

Die finanzielle Basis einer Gemeinde bilden aber die Steuern, Gebühren und die Ertragsanteile. Die Grundsteuer B ist eine ausschließliche Gemeindeabgabe – ihr Ertrag fließt vollständig an die Kommunen. Das ist bares Geld für kommunale Leistungen – vom Winterdienst bis zur Straßenbeleuchtung. Die Kommunalsteuer (3 Prozent der Lohnsumme) stärkt jene Orte, in denen Arbeitsplätze entstehen. Sie ist bundesgesetzlich geregelt, aber eine echte Gemeindeabgabe. Ertragsanteile (Gemeindeanteile an Bundesabgaben) sind die dritte tragende Säule. Wie viel jede Kommune erhält, richtet sich vor allem nach der Einwohnerzahl, die Unterverteilung regelt, dass größere Gemeinden wegen höherer Kosten stärker gewichtet werden.

Finanzen sind Mittel zum Zweck: Wofür brauchen Gemeinden das Geld?

Gemeinden tragen die Verantwortung für mannigfaltige Aufgaben, die finanziert werden müssen. Deshalb werden Budgets für die Pflegeumlagen, für Krankenanstalten, für

Kinderbetreuung und Schulen, für Wasser/Abwasser/Abfall, Feuerwehren, Klima- und Energieschutz, Digitalisierung, Barrierefreiheit, Nahversorgung – und für die laufende Erhaltung all dessen benötigt. Die kommunalen Bruttoanlageinvestitionen (Straßen, Schulen, Kindergärten, Wasser, Abwasser, Energie, Digitalisierung ...) sind nicht Luxus – sie sind das Fundament der Standortqualität. Gemeinden sind also nicht nur Leistungserbringer, sondern Taktgeber der Investitionstätigkeit.

Nachhaltigkeit schafft Sparpotentiale: Wie investieren Gemeinden das Geld?

Im zentralen Fokus der Kommunen steht natürlich auch immer die Frage, was wie investiert wird. Angesichts der aktuell angespannten finanziellen Situation sind langfristig nachhaltige Anschaffungen das Gebot der Stunde. Ein Beispiel für kommunale Nachhaltigkeit ist die Umrüstung auf LED-Straßenbeleuchtungen. In Wiener Neustadt arbeitet man beispielsweise aktuell daran, bis Jahresende rund 9.000 Lichtpunkte auf stromsparende LED-Technologie umzurüsten. „Unsere Umstellung auf LED macht sich, wie die Zahlen bereits jetzt ganz deutlich zeigen, mehr als nur bezahlt. Wir leisten hier einen wesentlichen Beitrag zur Erhöhung der Energieeffizienz und sparen Strom ein. Auf unserem Weg hin zur klimaneutralen Stadt sind Maßnahmen in Hinblick auf die Energieautarkie wichtig und richtig – für unsere Stadt, vor allem aber für unsere Umwelt“, argumentiert Bürgermeister Klaus Schneeberger. 



© Philipp Monhart

“ „Unsere Umstellung auf LED macht sich, wie die Zahlen bereits jetzt ganz deutlich zeigen, **mehr als nur bezahlt.**“



Klaus Schneeberger
Bürgermeister von
Wiener Neustadt

Nach Fertigstellung der neuen Beleuchtung erwarten die Verantwortlichen circa 40 bis 50 Prozent Stromeinsparungen und deutlich weniger Reparaturen. LED-Projekte sind also haushalts- und klimapolitische Doppelgewinne. Sie reduzieren Energiekosten, Wartung und Emissionen – und sichern Aufträge für lokale Elektro- und Bauunternehmen.

Ähnlich sinnvoll ist die Errichtung von Photovoltaik-Anlagen.

„Niederösterreich ist die Ökostrom-Lokomotive Österreichs. Allein im Vorjahr wurden 28.000 neue PV-Anlagen errichtet. Aktuell haben wir rund 143.000 PV-Anlagen, die 9 von 10 Haushalten in Niederösterreich mit sauberem Strom versorgen. Österreichweit produzieren wir hier in Niederösterreich mehr als ein Viertel des gesamten Solarstroms“, berichtet LH-Stellvertreter Stephan Pernkopf.

Photovoltaik-Anlagen schaffen finanziellen Spielraum

In Niederösterreich haben Menschen ohne eigene Hausdächer und Balkone auch die Möglichkeit, sich an sogenannten „Sonnenkraftwerk“-Bürgerbeteiligungsprojekten in ihren Gemeinden und beim Land Niederösterreich zu beteiligen. Bei diesen Projekten werden PV-Anlagen auf öffentlichen Dächern montiert. So tragen auch jene Bürgerinnen und Bürger aktiv zur Energiewende bei, die sonst keine Möglichkeit hätten, eine PV-Anlage zu installieren. Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag zum Ausbau erneuerbarer Energien und erhalten sogar finanzielle Rendite. Innerhalb von fünf Jahren haben bereits 20 Prozent der Gemeinden Sonnenkraftwerke zur Verfügung gestellt. 5.470 Privatpersonen (Stand Mai 2025) haben sich an diesen Energiewende-Projekten in ihren Gemeinden beteiligt. Zahlreiche Gemeindegebäude, von Kindergärten über Sportplätze bis hin zu Gemeindezentren wurden dazu in den letzten Jahren mit Photovoltaikanlagen ausgestattet.

Die Quintessenz ist klar: Photovoltaik rechnet sich, besonders auf kommunalen Dächern und Parkflächen. Bürgerbeteiligungsmodelle binden die lokale Bevölkerung, stärken Wertschöpfung im Ort und machen Energiekosten kalkulierbar. Sinnvolle Investitionen wie PV-Anlagen oder LED-Umrüstungen senken laufende Kosten und schaffen mehr Spielraum für Soziales, Vereine und die Jugend in den Gemeinden.

Miteinander stärker: Energiegemeinschaften für Windkraft im Fokus

Ein weiteres niederösterreichisches Nachhaltigkeitsthema heißt „Windkraft“. Am 24. September wurde deshalb vom Niederösterreichischen Gemeindebund die Gründung eines eigenen „Fachausschusses Windkraft“ beschlossen. In dieser Arbeitsgruppe sind vorerst Bürgermeister bzw. Gemeindevertreter vor allem aus jenen Bezirken vertreten, in denen Windkraft bereits jetzt ein Thema ist. In Zukunft will man aber auch die relevanten Stakeholder – vor allem die Energieerzeuger – mit an Bord holen.

„Das primäre Ziel ist es, die Gemeinden besser zu koordinieren, um Energiegemeinschaften zum Thema Windkraft zu schaffen. Dabei geht es einerseits um die Entlastung der Geldbörsen der Bürgerinnen und Bürger und andererseits wollen wir damit auch einen Mehrwert für die Kommunen schaffen“, berichtet der Vorsitzende des neuen Fachausschusses, Landtagsabgeordneter und Bürgermeister René Lobner. Um Win-Win-Situationen für Gemeinden und Energieerzeuger zu schaffen, wird man sich laut Lobner in den nächsten Wochen und Monaten vor allem die rechtlichen Rahmenbedingungen genau ansehen. „Wir wollen heuer noch die wichtigsten Eckpfeiler einschlagen und rasch in konkrete Formulierungen kommen, um in Kooperationsverhandlungen mit den Energieerzeugern eintreten zu können.“

Im ersten Schritt stehen vor allem sicherheitstechnische Aspekte und Kooperationsmöglich-



Foto: © Copyright: Gerald Lechner

„Das primäre Ziel ist es, die **Gemeinden besser zu koordinieren**, um Energiegemeinschaften zum Thema Windkraft zu schaffen.“



René Lobner
Bürgermeister von Gänserndorf
und Landtagsabgeordneter

Photovoltaik rechnet sich, besonders auf Parkflächen und kommunalen Dächern.



© Charles LIMA - stock.adobe.com

keiten im Vordergrund, wie man Windräder – auch bestehende – in Energiegemeinschaften zusammenfassen kann. Obwohl das Thema Windkraft zwar primär von der Ostregion bzw. das Weinviertel ausgeht, ist Lobner der Meinung, dass dieses Thema alle Gemeinden betreffen kann.

Steuergeld ist Mittel zum Zweck – und der Zweck heißt „Zukunft“

Gemeindefinanzen sind kein Selbstzweck. Sie sind der Zündschlüssel für Lebensqualität, Klimaschutz, soziale Sicherheit und regionale Wirtschaftskraft. Die möglichen Einsparpotentiale für Gemeinden durch nachhaltige Investitionen sind vielseitig. Vor allem bedeuten sie aber Gestaltungsmöglichkeiten für kommunale Entscheidungsträger in Zeiten angespannter Budgets.

Wenn Steuern und Finanzmittel nachhaltig eingesetzt werden, entstehen kommunale



© ifine pics - stock.adobe.com

Wirkungsketten: Einnahmen – Investitionen – regionale Aufträge – niedrigere Betriebskosten – mehr Spielraum für die Gemeinden. Denn Gemeinden sind Wirtschaftsmotoren, weil sie in Lebensqualität investieren. Das ist nicht Selbstzweck, sondern Daseinsvorsorge von morgen – generationengerecht, wirtschaftsfreundlich und konkret vor Ort. ■■■

Der NÖ Gemeindebund hat die Gründung eines „Fachausschusses Windkraft“ beschlossen.

Gemeinden als wichtiger regionaler Wirtschaftsmotor

Gerade in Zeiten globaler Unsicherheit zeigt sich, wie entscheidend lokale Strukturen sind. Gemeinden sichern Nahversorgung, garantieren Lebensqualität und geben Unternehmen den Rahmen, um wachsen zu können – und bilden so das Fundament für wirtschaftliche Stabilität, Innovation und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Gemeinden schaffen Infrastruktur: Vom Breitbandausbau über Kinderbetreuung bis hin zu Mobilitätslösungen – die Qualität kommunaler Leistungen beeinflusst direkt die Wettbewerbsfähigkeit von Betrieben und die Attraktivität des Standorts. Und Gemeinden sind zudem maßgeblich als Auftraggeberinnen und Partnerinnen der Wirtschaft – das schafft Win-Win-Situationen für lokale Wertschöpfung, Beschäftigung, Lebensqualität und damit die Zukunftssicherung der Regionen. Herzstück dieser regionalen Wertschöpfung sind unsere Klein- und Mittelbetriebe (KMU), ihre Stärken prägen den Wirt-

schaftsstandort Österreich. Unsere landesweit rund 580.000 KMU beschäftigen insgesamt rund 2,5 Millionen Menschen und bilden sechs von zehn Lehrlingen aus. Mit 168 Milliarden Euro Bruttowertschöpfung leisten sie 56 Prozent der marktorientierten Wirtschaftsleistung (Quelle: KMU im Fokus). Eine besonders gewichtige Rolle kommt dabei den familiengeführten Betrieben zu. Knapp 199.000 Betriebe werden als Familienunternehmen im engeren Sinne, das heißt ohne EPU, definiert. Sie erwirtschaften einen Umsatz von rund 570 Milliarden Euro und beschäftigen

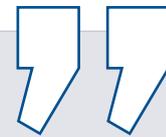
Jochen Danning
Generalsekretär der
Wirtschaftskammer Ös-
terreich



Foto: © Marek Knopp

rund 2,2 Millionen Personen. Vor allem im ländlichen Raum haben Familienunternehmen eine Schlüsselrolle als Arbeitgeber, Ausbildungsorte und verlässliche Wirtschaftspartner. Durch ihre Langlebigkeit und meist stabile Entwicklung sind sie unverzichtbarer und charakteristischer Teil der österreichischen Wirtschaftsstruktur.

Regionalität ist also ein Erfolgsrezept – und dieses gilt es zu stützen und zu fördern. Eine enge Zusammenarbeit zwischen Gemeinden, Unternehmen, Bildungsinstitutionen und der Politik kann die Stärken einer Region bündeln und die regionale Wirtschaft nachhaltig fördern. ■■■



BEST PRACTICE

Kleine Gemeinden, starke Finanzen

Während viele Gemeinden mit knappen Budgets kämpfen, zeigen Hernstein, Scharndorf und Parbasdorf, dass solides Haushalten möglich ist. [🔗](#) VON HELMUT REINDL

Trotz unterschiedlicher Größe und Strukturen weisen die drei Gemeinden Hernstein, Scharndorf und Parbasdorf eine vergleichsweise robuste Finanzlage auf. Die Gemeinsamkeiten sind deutlich: Alle drei Gemeinden haben eine geringe Pro-Kopf-Verschuldung und stabile Rücklagen, die ihnen finanzielle Spielräume verschaffen. In Scharndorf beispielsweise stieg der Jahresüberschuss 2023 auf rund 491.000 Euro, was fast 13 Prozent der Einnahmen entspricht. Hernstein verfügt über Rücklagen, die höher sind als die Schulden, und Parbasdorf profitiert von niedrigen Fixkosten durch seine kleine Bevölkerung. Auch die demografische Entwicklung trägt zum Erfolg bei: Stabile oder leicht wachsende Einwohnerzahlen sichern verlässliche Einnahmen aus Steuern, Gebühren und Ertragsanteilen. Die Gemeinden haben ihre Ausgaben

diszipliniert im Griff, Prioritäten gesetzt und größere Investitionen gezielt geplant, wodurch Überschüsse möglich wurden.

Diese Faktoren zusammen zeigen: Finanzielle Stärke hängt nicht von Größe oder Fläche ab, sondern von einer Kombination aus Haushaltsdisziplin, stabilen Einnahmen und überschaubaren Strukturen.

Es zeigt sich: Überschüsse entstehen durch sorgfältige Planung, Ausgabenkontrolle und vorausschauende Haushaltsführung. Gleichzeitig zeigen die Beispiele, dass jede Gemeinde ihre Strategie an Größe, Struktur und lokale Besonderheiten anpassen muss. Was alle drei verbindet, ist ein klarer Fokus auf stabile Finanzen, effiziente Verwaltung und langfristige Nachhaltigkeit – Grundvoraussetzungen, um auch in herausfordernden Zeiten handlungsfähig zu bleiben. ■■■

“ Alle drei Gemeinden haben eine **geringe Pro-Kopf-Verschuldung und stabile Rücklagen**, die ihnen finanzielle Spielräume verschaffen.

Hernstein

Finanzielle Stabilität ist **kein Zufall**

Hernstein zeigt, wie Disziplin, Ehrenamt und Planung zu soliden Gemeindefinanzen führen.

Der Rechnungsabschluss 2024 der Marktgemeinde Hernstein im Bezirk Baden zeigt Überschüsse, hohe Eigenmittel und kaum Schulden. Bürgermeisterin Michaela Schneidhofer erklärt, warum das so ist:

„Ich hatte – wie zuvor auch schon mein Vorgänger – das Glück, eine schuldenfreie Gemeinde übernehmen zu können. Wenn man keine Belastung durch Schulden hat, erleichtert das natürlich das Arbeiten enorm. Ein zweiter Grund ist, dass wir von Katastrophen verschont geblieben sind“, sagt Schneidhofer. Die Zahlen bestätigen das: Die 1.600-Einwohner-Gemeinde erwirtschaftete 2024 einen operativen Überschuss von gut einer Million Euro, auf die Bevölkerung umgelegt sind das rund 640 Euro pro Kopf. Das Nettoergebnis lag bei über 600.000 Euro, den Fremdmitteln von knapp einer Million Euro steht ein Nettovermögen von mehr als 14 Millionen Euro gegenüber. „Wir sind nicht die reichste Gemeinde, haben aber kein strukturelles Defizit“, betont die Bürgermeisterin.

Großes ehrenamtliches Engagement

Ein Erfolgsfaktor ist die breite Unterstützung der Bevölkerung. „Wir haben nur zwei Gemeindearbeiter, aber für die Menschen ist es selbstverständlich, selbst Hand anzulegen, um beispielsweise die öffentlichen Grünflächen zu pflegen. Oder dass die Feuerwehr in der Ortschaft Grillenberg Arbeiten am Friedhof erledigt. Wir haben viele Vereine, die das Gemeinschaftliche als ihren Auftrag sehen.“ Auch bei Investitionen setzt Hernstein auf Weitsicht. „Wir versuchen natürlich, Projekte, die wir umsetzen wollen, über den Haushaltsüberschuss zu finanzieren. Bei größeren Vorhaben muss man beurteilen, welche Projekte sich langfristig am stärksten auswirken. Es ist zwar schön, wenn man kurzfristig investieren kann, aber man muss halt darauf achten, ob man nicht laufende Kosten verursacht, die sich dann ständig erhöhen.“ Neue Kredite nimmt die Gemeinde nur in Ausnahmefällen auf. „Wir versuchen, Rücklagen nicht anzugreifen und haben schon



© Herzl Prikri - Wikimedia/da commons

Blick auf Hernstein vom Ortsteil Aigen Die Marktgemeinde liegt am Nordostrand der Gutensteiner Alpen am Übergang zum Wiener Becken.

seit langer Zeit keinen Kredit aufgenommen. Kreditfinanzierung machen wir nur für große Projekte, die anders nicht zu stemmen sind.“ Derzeit spart Hernstein für den Bau eines Turnsaals, gleichzeitig soll das alte Feuerwehrhaus zu einem Nahversorger umgebaut werden – so geplant, dass es bei Bedarf auch anders nutzbar ist.

Auch im Energiebereich denkt man voraus: Mit einer kommunalen Energiegemeinschaft werden Photovoltaikanlagen optimal genutzt. „Gemeinsam mit dem Land und unseren Partnern überlegen wir, ein Speichersystem zu schaffen, um den Strom effizient nutzen zu können und beispielsweise die Straßenbeleuchtung damit zu versorgen.“

Gemeindeverbände helfen sparen

Ein weiterer Vorteil: die Kooperation mit anderen Gemeinden. „Eine enorme Hilfe ist, dass wir gut in Verbandsstrukturen eingebettet und da mit anderen Gemeinden zusammenarbeiten können. Das hilft enorm, Kosten zu reduzieren. Wenn wir beispielsweise den Wasserleitungsverband nicht hätten, könnten wir das Gemeindegebiet nicht um diesen Preis versorgen.“ ■■■

“ Wir versuchen, Rücklagen nicht anzugreifen und haben **schon seit langer Zeit keinen Kredit aufgenommen.** ”

Michaela Schneidhofer
Bürgermeisterin von
Hernstein



Scharndorf

Überschuss dank **Windkraft** und **Energiesparen**

Scharndorf steigert Einnahmen und spart Ausgaben – ein Beispiel für solide Haushaltsführung.

Scharndorf im Bezirk Bruck an der Leitha erwirtschaftet einen deutlichen Überschuss – und beweist damit, dass solide Haushaltsführung auch in Zeiten knapper werdender Ressourcen möglich ist.

Das war aber nicht immer so: Ein Blick auf die Daten von Statistik Austria und der Plattform „Offener Haushalt“ zeigt: Zwischen 2020 und 2022 sanken die Erträge der 1.200-Einwohner-Gemeinde von rund 4,6 auf 3,6 Millionen Euro. 2022 blieb nur ein knappes Plus von rund 91.000 Euro.

2023 folgte jedoch die Wende: Mit Einnahmen von 3,78 Millionen Euro und Ausgaben von 3,29 Millionen Euro erzielte die Gemeinde einen Überschuss von rund 491.000 Euro. Das entspricht fast 13 Prozent der Jahreseinnahmen – ein Wert, von dem viele Kommunen nur träumen.

Cashcow Windkraft

Einen wesentlichen Grund für diese Entwicklung sieht Bürgermeister Leopold Zwickelstorfer in den Windparks, die in der Gemeinde errichtet wurden. Bereits 2003 hat man damit begonnen, die Errichtung von Windkraftanlagen nur auf Gemeindegrund zuzulassen. Derzeit sind es 20 Stück. „Als keine gemeindeeigenen Flächen mehr verfügbar waren, haben wir den Betreibern gesagt, dass sie auch andere Gründe kaufen können, aber der Gemeinde schenken müssen. Damit stehen auch die dort gebauten Windräder auf Gemeindegrund. Wir haben dadurch zehn Hektar dazugewonnen, die wir für landwirtschaftliche Nutzung verpachten“, erklärt Bürgermeister Zwickelstorfer. Die Einnahmen aus den Windkraftanlagen liegen derzeit bei rund 600.000 Euro im Jahr. „Das ist für eine Gemeinde wie Scharndorf schon relativ viel“, so Zwickelstorfer. Der erwirtschaftete Überschuss schafft Handlungsspielraum: Er kann für Rücklagen, zur Schuldentilgung oder für neue Investitionen genutzt werden. Gerade in Zeiten steigender Kosten für Energie, Personal oder Infrastruktur ist dieser Puffer ein wichtiger Vorteil.



Die Windräder in Scharndorf stehen alle auf Gemeindegrund.

Sparen bei Energiekosten

In Scharndorf verlässt man sich aber nicht nur auf die Gelder aus der Windkraft, sondern spart auch ausgabenseitig. So wurden etwa die Heizungen der Kindergärten auf Erdwärme umgestellt. Die drei Feuerwehrhäuser, die es in der Gemeinde gibt, wurden von Ölheizungen auf Wärmepumpen inklusive PV-Anlagen umgestellt. Zusätzlich gibt es jetzt Batteriespeicher auf den Feuerwehrhäusern und am Gemeindeamt. Hier halfen die Förderungen der Klima- und Energie-Modellregion. Vor zwei Jahren wurde auch eine Energiegemeinschaft gegründet, die die gemeindeeigenen Gebäude zum Nulltarif versorgt.

Pro-Kopf-Einnahmen von 8.079 Euro stehen damit Ausgaben in Höhe von 7.943 Euro gegenüber.

„Bei uns wird immer nach den Vorgaben der NÖ Gemeindeordnung gearbeitet – also sparsam, wirtschaftlich und zweckmäßig“, betont Bürgermeister Zwickelstorfer. Dafür muss man auf Dinge wie ein Hallenbad oder ein Veranstaltungszentrum verzichten. „Wenn wir so weitermachen, müssen wir keinen großen Sparstift ansetzen.“ ■■■

“ Bei uns wird immer nach den Vorgaben der NÖ Gemeindeordnung gearbeitet – also **sparsam, wirtschaftlich und zweckmäßig.**

Leopold Zwickelstorfer
Bürgermeister von Scharndorf



Parbasdorf

Klein, aber oho

Kaum Schulden, hohe Rücklagen. Parbasdorf zeigt, wie solide Finanzpolitik in einer kleinen Gemeinde aussehen kann.

Während viele Gemeinden über steigende Kosten und knappe Budgets klagen, steht die 167-Einwohner-Gemeinde Parbasdorf im Bezirk Gänserndorf finanziell glänzend da.

Laut „Offener Haushalt“ wies Parbasdorf im Rechnungsabschluss 2024 gerade einmal 2.087 Euro Fremdmittel aus – das sind 12,50 Euro pro Kopf. Zum Vergleich: Der niederösterreichische Schnitt liegt bei mehreren Tausend Euro je Einwohner. Mit rund 11,9 Millionen Euro Aktiva ergibt sich ein Nettovermögen von 68.500 Euro pro Kopf. Auch das operative Ergebnis war positiv: 102.451 Euro Überschuss im Ergebnishaushalt, erst eine Rücklagenentnahme führte zu einem Minus von 78.441 Euro.

„Nachhaltigkeit statt Schulden“

Bürgermeister Markus Spazierer sieht darin das Ergebnis konsequenter Politik: „Die Gemeinde hat sich immer um eine nachhaltige Haushaltsführung bemüht. Wir investieren langfristig und solide, um unseren Bürgerinnen und Bürgern einen guten Lebensstandard zu bieten. Hohe Schulden würden die Handlungsfähigkeit einschränken und den Erfolg gefährden.“ Grundprinzipien seien klar definiert: „Wir wirtschaften nach Rechtmäßigkeit, Zweckmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit. Ebenso wichtig sind Transparenz und eine nachvollziehbare Darstellung der Einnahmen und Ausgaben.“

Bürgernähe als Erfolgsfaktor

Die Verwaltung ist schlank organisiert: eine Bedienstete und Spazierer selbst, der auch operative Aufgaben übernimmt. „Viele Tätigkeiten, für die andere Gemeinden einen Wirtschaftshof brauchen, erledigen bei uns Gemeinderäte und Bürger ehrenamtlich. Das spart enorme Kosten und stärkt zugleich den Zusammenhalt.“

Rücklagen für schlechtere Zeiten

„Wir geben nicht mehr aus, als wir einnehmen. Rücklagen sind für uns ein Muss,



Die Verwaltung in Parbasdorf ist äußerst schlank organisiert. Der Bürgermeister muss auch alltägliche operative Aufgaben wahrnehmen.

weil sich Rahmenbedingungen jederzeit ändern können – sei es durch steigende Energiepreise oder sinkende Ertragsanteile“, erklärt Spazierer.

Durch die konsequente Bildung von Rücklagen für wesentliche Anlagen und Projekte der Gemeinde war es möglich, Kredite und die einhergehenden Zinsbelastungen so gering wie möglich zu halten. „Aktuell müssen wir keine Tilgungen bedienen“, so der Bürgermeister. Geplante Investitionen sollen auch künftig aus Eigenkapital und mit Förderungen finanziert werden. Zudem setzt Parbasdorf seit Jahrzehnten auf Gemeindeverbände, um Effizienz und Fachkompetenz zu steigern. Spazierer fasst die Strategie der Gemeinde so zusammen: „Wesentlich ist, Ausgaben kritisch zu hinterfragen und Investitionen langfristig zu planen. Eine solide Ausbildung der Bediensteten und des Bürgermeisters ist dafür genauso wichtig.“

Trotz steigender Kosten und Abhängigkeit von Förderungen zeigt Parbasdorf, wie solide Finanzpolitik in einer kleinen Gemeinde aussehen kann – mit kaum Schulden, hohen Rücklagen und starker Bürgerbeteiligung. ■■■

Wesentlich ist, Ausgaben kritisch zu hinterfragen und Investitionen langfristig zu planen.

Markus Spazierer
Bürgermeister von Parbasdorf



PERSONAL

Mehr Effizienz durch neue Strukturen

Wenn Unternehmen Personal abbauen müssen, ist das für alle Seiten eine unangenehme Angelegenheit. Gemeinden haben eine noch größere Verantwortung gegenüber den Menschen, weswegen Einsparungen in diesem Bereich noch viel sensibler sind. Zwei Bürgermeister erläutern, wie sie mit dieser Verantwortung umgehen.

✍ VON HELMUT REINDL

In Amstetten wurden drei Bau- und Wirtschaftshöfe zur neuen „Stadtpflege“ zusammengeführt. „Eine Umstrukturierung kann nur gelingen, wenn alle gemeinsam an einem Strang ziehen, sich ein gemeinsames Ziel setzen und schlussendlich das Ergebnis mittragen“, betont Bürgermeister Christian Habenhauer. Durch die Zusammenlegung konnten Synergien genutzt, Arbeitsabläufe effizienter gestaltet und moderne Arbeitsplätze geschaffen werden. So wurde nicht nur die Servicequalität für die Bevölkerung gesteigert, sondern auch jährlich bis zu 800.000 Euro eingespart.

Effizienz ohne Stellenabbau

Auch in Laxenburg liegt der Fokus auf Effizienzgewinnen, nicht auf Stellenabbau. Bürgermeister David Berl erklärt: „Wenn wir etwas effizienter machen, ist es uns wichtig, dass das nach außen nicht auffällt und dass es für die Bürgerinnen und Bürger keine Nachteile gibt.“ Mit neuen Selbstbedienungslösungen, wie in der Bibliothek, oder durch das Auslagern der Lohnverrechnung konnten Prozesse verschlankt und 800.000 bis 900.000 Euro eingespart werden. Gleichzeitig bleibt der Personalstand stabil, während Investitionen in die Gemeinde gesichert sind.

Beide Beispiele zeigen: Veränderungen in Personalangelegenheiten müssen gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern entwickelt werden. Dann können Gemeinden trotz Einsparungen gestärkt aus dem Prozess hervorgehen – effizienter, moderner und bürgernah.

Aufgaben und Personal auslagern?

Zu überlegen ist, Aufgaben und Personal in eine ausgelagerte Gesellschaft zu verschieben. Arbeitsverträge können dann flexibler gestaltet werden, und auf Veränderungen kann schneller reagiert werden. Verwaltung und operativer



Betrieb können getrennt organisiert werden, wodurch die Gemeinde sich stärker auf Verwaltungsaufgaben konzentrieren kann – die Gemeinde wird „schlanker“.

Durch die Auslagerung verschwinden die Personalstellen formal aus dem Budget. Die Gemeinde zahlt dann eine Dienstleistungsgelbühr an die Gesellschaft, wodurch die Mittel im Verwaltungshaushalt geringer belastet werden. Die Kosten für Personal und Betrieb werden in der Gesellschaft gebündelt und können leichter dem Controlling oder einer externen Rechnungsprüfung unterzogen werden. ■■■

Die neue „Stadtpflege“ in Amstetten wurde gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geplant.

Christian Haberhauer, Bürgermeister von Amstetten

„Es geht nur gemeinsam“

Wir haben drei bestehende Bau- und Wirtschaftshöfe zur „Stadtpflege“ mit einem neuen zentralen Standort zusammengelegt. Investiert wurden rund 15 Millionen Euro. Damit einher ging auch eine Reorganisation der ehemaligen Bauhöfe. Das Konzept dazu wurde gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erarbeitet. Eine Umstrukturierung kann nur gelingen, wenn alle gemeinsam an einem Strang ziehen, sich ein gemeinsames Ziel setzen und schlussendlich das Ergebnis mittragen. Dafür muss man allen Beteiligten ein großes Danke aussprechen. Wir haben dadurch noch mehr Qualität beim Service für die Amstettnerinnen und Amstettner geschaffen. Gleichzeitig

stellten wir durch den Neubau unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nun einen zeitgemäßen Arbeitsplatz zur Verfügung. Mechaniker und Installateure, Maurer und Maler, Gärtner und Forstarbeiter, Tischler, Büroangestellte und viele mehr – die Stadtpflege zählt rund 80 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den unterschiedlichsten Berufssparten. Durch moderne und qualitative Ausstattung von den Werkstätten über die Aufenthaltsräume bis hin zu den Sanitäreinrichtungen ist es uns auch gelungen, neue, junge Fachkräfte für die Tätigkeiten bei der Stadtpflege zu motivieren und rekrutieren. Durch die Zusammenlegung der Bauhöfe nutzten wir Synergien und wurden effizienter in den Arbeitsabläufen

sowie der Nutzung der bestehenden Ressourcen – etwa des Fuhrparks. Im Jahr 2020 haben wir auch die Verwaltung neu aufgestellt. Ein wichtiger Faktor dabei ist die Digitalisierung und neuerdings der Einsatz von KI. Insgesamt können durch die Maßnahmen insgesamt jährlich rund 700.000 bis 800.000 Euro gespart werden.



David Berl, Bürgermeister von Laxenburg

„Effizienz steigern, statt Personal abbauen“

Wir sind in der glücklichen Situation, dass unsere Gemeinde dank des Industriezentrums Süd und der damit verbundenen Kommunalsteuereinnahmen finanziell solide aufgestellt ist. Im Gegensatz zu anderen Gemeinden sehen wir uns derzeit nicht gezwungen, Personal abzubauen oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu entlassen. Aber natürlich spüren auch wir die Herausforderungen, die sich aktuell stellen.

Schon im Frühjahr haben wir unseren Nachtragsvoranschlag gemacht und das Budget überarbeitet und dabei alle Projekte und Prozesse genau durchleuchtet, um Einsparungspotenziale ausfindig zu machen. Das betrifft zwar nicht in erster Linie das Personal, aber natürlich achtet man auch darauf, welche Über-

stunden wirklich nötig sind und wo man effizienter arbeiten kann. Ein Beispiel ist die Bibliothek, wo Leser jetzt Bücher selbst entleihen und zurückgeben können, ohne, dass man dafür einen Mitarbeiter oder eine Mitarbeiterin braucht.

Bei der Überarbeitung der Prozesse haben wir viel Zeit aufgewendet. Denn wenn wir etwas effizienter machen, ist es uns wichtig, dass das nach außen nicht auffällt und dass es für die Bürgerinnen und Bürger keine Nachteile gibt. Das ist uns gelungen und wir haben kostenseitig 800.000 bis 900.000 Euro eingespart. Das Geld können wir gut für Investitionen benötigen.

Im Personalbereich konnten wir sparen, indem wir die Lohnverrechnung ausgelagert haben. Denn man braucht ja nicht nur jemanden, der dafür zuständig ist, sondern auch ein Backup, wenn diese Person ausfällt.

Vieles haben wir auch an die Verbände, in denen wir Mitglied sind, ausgelagert.

Wir beschäftigen derzeit rund 70 Personen, davon etwa 53 Vollzeitäquivalente, und haben diesen Personalstand über die letzten Jahre weitgehend konstant gehalten. Effizienz, Wirtschaftlichkeit und ein vorausschauendes Finanzmanagement waren für uns schon immer zentrale Leitlinien, und diese Erfahrung ermöglicht es uns, auch in schwierigeren Zeiten handlungsfähig zu bleiben.

In allen Projekten und bei Veranstaltungen achten wir darauf, Ressourcen sinnvoll einzusetzen und Überstunden zu vermeiden, etwa, indem statt Verwaltungsmitarbeitern engagierte Mandatarinnen und Mandatare mithelfen.

Der Musikschulverband wird derzeit ausgebaut und auch hier überlegen wir intensiv, wie die beteiligten Gemeinden effizient zusammenarbeiten können.



40 JAHRE DORFERNEUERUNG

Zukunft beginnt im Ortskern

Seit vier Jahrzehnten gestaltet die Dorferneuerung Niederösterreichs Gemeinden aktiv mit. Was in den 1980er-Jahren als Initiative engagierter Bürgerinnen und Bürger begann, ist heute ein professionelles Entwicklungsinstrument, das Gemeinden stärkt, Menschen verbindet und Wirtschaftskraft erzeugt.

✎ VON JOHANNES WISCHENBART

Seit der Gründung der Dorferneuerung konnten mehr als 15.000 Projekte realisiert werden, gemeinsam haben sie eine Wertschöpfung von rund 600 Millionen Euro ermöglicht. Auch die Bewegung selbst wächst: Seit der Neuaufstellung 2024 als Dorf- & Stadterneuerung kamen 136 neue Vereine hinzu. Damit engagieren sich aktuell fast 800 Dorferneuerungsvereine mit über 30.000 Mitgliedern – ein starkes Netzwerk, das Tradition mit Innovation verbindet.

Dorferneuerung: Gemeinde und Vereine im Zusammenspiel

Der Erfolg der Dorf- und Stadterneuerung liegt im Zusammenspiel zwischen Gemeinden und den engagierten Dorferneuerungsvereinen. Während die Gemeinden für Strukturen und Aufgaben zuständig sind, bringen die Vereine ihr ehrenamtliches Engagement ein. Die Dorf- und Stadterneuerung versteht sich dabei als Brückenbauer: Sie bringt beide Seiten

zusammen, macht Synergien sichtbar und sorgt dafür, dass der größtmögliche Mehrwert für die Gemeinde entsteht.

Die Unterstützung reicht von organisatorischen und administrativen Hilfestellungen – etwa bei Projekten wie „Stolz auf unser Dorf“ – bis hin zur Schaffung von Austausch- und Vernetzungsformaten wie dem „Forum Dorf & Stadt“ oder Exkursionen nach Bayern. Auf diese Weise können Gemeinden und Vereine voneinander lernen und gemeinsame Aktionen entwickeln. So entstehen Projekte, die weit über einzelne Bauwerke hinauswirken und nachhaltige Impulse für das Zusammenleben in den Gemeinden setzen.

Jubiläum als Rückblick und Ausblick in Projekten

Anlässlich des 40-jährigen Jubiläums der Dorferneuerung bietet sich ein Blick auf besonders prägende Projekte an. Sie zeigen, wie vielfältig Dorferneuerung umgesetzt werden kann, von kleinen Initiativen bis zu groß angelegten

“Die Dorferneuerung macht Synergien sichtbar und sorgt dafür, dass der **größtmögliche Mehrwert** für die Gemeinde entsteht.“



PROJEKTE UMSETZEN

Ortskerncheck als zentrales Instrument zur Analyse

Ein essenzieller Baustein für die erfolgreiche Umsetzung von Projekten ist der Ortskerncheck der NÖ Dorf- & Stadterneuerung.

Dieses kostenfreie Instrument ermöglicht eine umfassende Analyse des Ortszentrums: von Leerständen über Aufenthaltsqualität, Barrierefreiheit und Mobilität bis hin zu Nahversorgung. Die Gemeinden erhalten so eine fundierte Grundlage, um konkrete Maßnahmen zu planen. Zuletzt kam der Ortskerncheck in der Stadtgemeinde Zistersdorf zum Einsatz, wo er wertvolle Impulse für die Weiterentwicklung des Zentrums lieferte. Ortskernkoordinator Daniel Brüll und sein Team

begleiten die Gemeinden persönlich, moderieren Beteiligungsprozesse und unterstützen bei Planung, Organisation und Förderabwicklung.

Kontakt

DI Daniel Brüll

☎ 0676/885 91 256

✉ daniel.bruell@dorf-stadterneuerung.at

🌐 www.dorf-stadterneuerung.at/aktuell/quick-check/



MAG. JOHANNES WISCHENBART

ist Geschäftsführer der Dorf- & Stadterneuerung



Das neue Ortszentrum von Hürm vereint Gemeindeamt, Bank, Veranstaltungssaal, Gastrolokal, Geschäftsflächen, Coworking-Space und moderne Wohnungen unter einem Dach.

© Blöss

Ortskernprojekten. Die Gemeinden verfolgen dabei stets dasselbe Ziel: die Lebensqualität zu steigern und Orte zu lebendigen, generationenübergreifenden Treffpunkten zu machen. Drei besonders eindrucksvolle Projekte zur Ortskernbelebung verdeutlichen dies:

Hürm – Ortszentrum NEU

Beim diesjährigen Projektwettbewerb wurde das Projekt als Sieger in der Kategorie „Stadt- und Ortskernbelebung – Gemeinde/Stadt“ ausgezeichnet. Das neue Ortszentrum vereint Gemeindeamt, Bank, Veranstaltungssaal, Gastrolokal, Geschäftsflächen, Coworking-Space und moderne Wohnungen unter einem Dach. Neben funktionalen Räumen für Verwaltung und Nahversorgung entstand vor allem ein hochwertiger Treffpunkt mit barrierefreien Zugängen, die den Alltag, die Begegnung und das Gemeinschaftsleben in Hürm stark beleben.

© CleaHillStudios-Gerald Prüfler

Reinsberg – Kulturdorf und lebendiges Zentrum

Über zehn Jahre wurde ein multifunktionales Dorfzentrum geschaffen: Konzerthaus (Musium), Nahversorger, Kindergarten, Dorffoffice und 24 Wohnungen – davon neun betreut – stehen heute für Kultur, Bildung, Wohnen und soziale Begegnung. Mehr als 10.000 Stunden ehrenamtlicher Arbeit und breite Bürgerbeteiligung machten das Projekt möglich. Für dieses Vorzeigeprojekt erhielt Reinsberg 2024 den Europäischen Dorferneuerungspreis in Gold.

Hofstetten-Grünau – Bürger- und Gemeindezentrum

Als Beispiel aus der Sonderkategorie „25 Jahre Bestand“ zeigt Hofstetten-Grünau, wie ein Bürger- und Gemeindezentrum über Jahrzehnte hinweg zum lebendigen Mittelpunkt der Gemeinde wurde. Mit Treffpunkten, generationenübergreifendem Angebot und aktiver Einbindung der Landjugend wird hier nachhaltige Ortskernbelebung erlebbar. ■■■

© Gemeinde Hofstetten-Grünau



Das Konzerthaus Musium im Dorfzentrum von Reinsberg.



In Hofstetten wurde das Bürger- und Gemeindezentrum zum lebendigen Mittelpunkt der Gemeinde.

LANDESVERSAMMLUNG

Der NÖ Gemeindebund verjüngt sich

Johannes Pressl wurde mit 97,2 Prozent der Delegiertenstimmen für eine weitere Funktionsperiode als Präsident gewählt. Im Präsidium des NÖ Gemeindebundes gibt es eine Reihe neuer Gesichter. [☑ VON HELMUT REINDL](#)

Fast 500 Delegierte und Besucher kamen zur Landesversammlung nach St. Pölten. Viele reisten schon früher an, um den „Markt der Möglichkeiten“ zu besuchen, bei denen Firmen und Organisationen ihre Angebote für Gemeinden vorstellten, und um sich miteinander auszutauschen.

Präsident Johannes Pressl hob in seiner Rede die aktuelle finanzielle Lage hervor und forderte Fairness im Rahmen des Stabilitätspaktes: „Wir wollen und werden als Gemeinden strukturell ab 2030 keine neuen Schulden mehr machen und damit die Stabilitätspaktkriterien mittragen. Allerdings brauchen wir auch Planungssicherheit bei den Einnahmen. Geld ist ja für uns in den Gemeinden kein ‚Selbstzweck‘, sondern ‚Mittel zum Zweck‘.“

Zur Reformpartnerschaft zwischen Bund, Ländern und Gemeinden machte Pressl deutlich, dass strukturelle Fragen nicht aufgeschoben werden dürfen: „Wir wissen: Wenn wir nicht jetzt an Stellschauben drehen, dann fällt uns das im Laufe der kommenden Jahre auf den Kopf. Deshalb auch unsere Vorschläge zur Entflechtung: Abtausch der Finanzierung von Gesundheitswesen und Kinderbetreuung österreichweit und klare Kompetenzzuweisung für die Kinderbetreuung an die Gemeinden. Die Hand, die es am besten kann, soll handeln“, so Pressl.

Er appellierte an die Gemeinden, noch stärker miteinander zu kooperieren: „Was wir nicht brauchen, ist eine ständige Diskussion über Zusammenlegungen, die unsere direkte Demokratie aushöhlt. Was wir mehr denn je wollen, sind Kooperationen, die effizient sind. Nicht Zusammenlegen, sondern zusammenarbeiten, ist unser Credo.“

Neue Präsidiumsmitglieder

Das Präsidium wurde drastisch verjüngt. Die neuen Vizepräsidenten sind 31, 33 und 46



Landesgeschäftsführer Werner Brandstetter, Landesrat Ludwig Schleritzko, Vizepräsident Lambert Handl, Vizepräsidentin Bernadette Geieregger, Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, Präsident Johannes Pressl, Präsidiumsmitglied Michaela Walla, Landesrätin Christiane Teschl-Hofmeister, LH-Stellvertreter Stephan Pernkopf, Präsidiumsmitglied Nikolaus Reisel und Vizepräsident Lukas Zehetbauer.



Ehrung für ausgeschiedene Mandatäre:

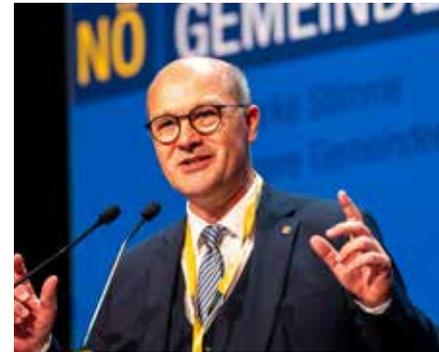
Franz Peter Aigner, Christian Bauer, Ferdinand Köck, Kurt Jantschitsch, Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner, Herbert Wandl, Präsident Johannes Pressl, Stefan Schmuckenschlager, Karl Bader, Josef Balber, Josef Schmiedl-Haberleitner und Stefan Seif.

Jahre alt. Pressl stehen nun die Bürgermeisterin von Kaltenleutgeben, Bernadette Geieregger, der Bürgermeister von Dobersberg, Lambert Handl, sowie der Bürgermeister von Raasdorf, Lukas Zehetbauer, als Vizepräsidenten zur Seite.

Wahlleiter Landtagspräsident Karl Wilfing präsentierte die Vorzüge der neuen Vizepräsidenten: „Bernadette Geieregger bringt eine umfassende Europaexpertise mit, die enorm wichtig sein wird. Lambert Handl ist lokaler Unternehmer und kennt die wirtschaftlichen Zusammenhänge in den Gemeinden bestens, und Lukas Zehetbauer ist Gemüsebauer, aber auch ein innovativer Gemeinde- und Kooperationsentwickler.“

Zu weiteren Mitgliedern des Präsidiums wurden die erfahrenen Bürgermeister Michaela Walla aus Warth sowie Nikolaus Reisel aus Meiseldorf gewählt. Die bisherigen Vizepräsidenten Brigitte Ribisch (Laa an der Thaya),

Josef Balber (Altenmarkt/Triesting) sowie Stefan Seif (Senftenberg) wurden ebenso wie die scheidenden Vorstandsmitglieder mit großem Dank für ihre Arbeit verabschiedet. Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner unterstrich beim Bühneninterview mit Moderator Tom Bläumauer die enge Partnerschaft mit den Gemeinden: „Die Kosten in vielen Schlüsselbereichen steigen dramatisch, von der Kinderbetreuung bis zur Pflege. Diese Entwicklungen zeigen: Eine starke Gemeindeebene ist unerlässlich“, erklärte Mikl-Leitner. Dass Niederösterreich die Kindergärten mit Landesmitteln finanziert und mit dem neuen Rettungsdienstvertrag den Gemeindebeitrag von 72 auf 60 Prozent reduziert hat, seien klare Unterstützungsleistungen des Landes. „Die Gemeinden sind und bleiben unser wichtigster Partner – wir lassen sie nicht allein, weil wir wissen, dass wir uns auf euch verlassen können.“ ■■■



“Was wir mehr denn je wollen, sind **Kooperationen, die effizient sind.**“



Johannes Pressl
Präsident des
NÖ Gemeindebundes

EINE FRAGE + DES STANDORTS

Den **PERFEKTEN STANDORT** zu finden ist eine der **wesentlichsten Herausforderungen für Unternehmen**. **ecoplus** unterstützt bei allen Fragen rund um **Ansiedlungs- und Erweiterungsprojekte** in ganz **Niederösterreich**.

Wir bieten ein **UMFASSENDES SERVICE**: von der **Standortsuche und Planung**, über die **Beratung zu Förderung und Finanzierung**, bis hin zur **Errichtung** – alles aus einer Hand!

standortkompass.at

ecoplus.at



VPNÖ-KLUBKLAUSUR

Kurs auf **stabile Finanzen und starke Gesundheitsversorgung**



© VPNÖ-Klub

Klubobmann Kurt Hackl und Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner gratulierten dem neuen Finanzlandesrat Toni Kasser.

Bei ihrer Klubklausur in Tulln hat die Volkspartei Niederösterreich die zentralen Themen für die kommenden Jahre festgelegt. Im Mittelpunkt standen dabei die künftige Finanz- und Gesundheitspolitik, aber auch Fragen der Sozialhilfe und Verwaltungsmodernisierung. Gleichzeitig wurde mit der Verabschiedung von Landesrat Ludwig Schleritzko und der Vorstellung von Toni Kasser als dessen Nachfolger ein personelles Signal gesetzt.

Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner betonte, dass mit Toni Kasser ein erfahrener Politiker die Verantwortung für Finanzen und Spitäler übernimmt. Sie hob hervor, dass der eingeschlagene Weg einer strikten Konsolidierung und einer langfristig abgesicherten Gesundheitsversorgung fortgesetzt werde.

„Wir setzen auf Stabilität und Reformen, nicht auf Experimente“, machte sie deutlich. Verwaltungskosten zu senken und Sozialleistungen klar an Leistung und Integration zu koppeln, bleibe dabei Teil des Kurses.

Zeichen der Kontinuität

Auch Klubobmann Kurt Hackl stellte die personelle Entscheidung in den größeren Zusammenhang. Er verwies auf die jahrelange Arbeit Kassers im Landtag, in Ausschüssen und in der Kommunalpolitik.

Für Hackl ist das ein klares Zeichen der Kontinuität: „Wir sind bereit, die Herausforderungen mit Erfahrung und Verlässlichkeit zu bewältigen.“ Damit sei garantiert, dass das Team der Volkspartei Niederösterreich geschlossen hinter den notwendigen Reformen stehe.

Kasser: „Mit Augenmaß wirtschaften“

Der designierte Landesrat Kasser selbst umriss seine Linie mit klaren Worten. Er wolle den Haushalt streng führen, dabei aber die Nähe zu den Menschen wahren. Politik müsse so gestaltet sein, dass man sie auch künftigen Generationen verantworten könne. „Mir geht es darum, mit Augenmaß zu wirtschaften und dabei die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder im Blick zu haben“, erklärte er.

Landesgesetze entrümpeln

Neben den personellen Fragen standen auch konkrete Vorhaben auf der Agenda: So soll im Oktober ein Deregulierungsgesetz beschlossen werden, das mehr als 30 Landesgesetze entrümpelt und die Verwaltung beschleunigen soll. Gleichzeitig wurde die Kinderbetreuungs-Offensive als Erfolgsprojekt hervorgehoben, das Familien mehr Wahlfreiheit verschaffe. Auch bei der Sozialhilfe will man weiterhin einen strengen Kurs fahren und Vorbild für bundesweite Regelungen bleiben. Mit diesen Schwerpunkten setzt die Volkspartei Niederösterreich ihre Linie konsequent fort: klare Finanzen, Investitionen in die Gesundheit und ein verlässliches Fundament für kommende Generationen. ■■■

“ Wir setzen auf Stabilität und Reformen, nicht auf Experimente.

Johanna Mikl-Leitner
Landeshauptfrau

Sanierungen mit Zukunft

Beispiele in Stockerau beweisen, wie wichtig Sanierung ist und Neubau nicht immer nötig.

Letzten Februar sind – nach zweijähriger Bauzeit – die Gerüste an der Gemeindewohnhausanlage in der Schaumannngasse in Stockerau verschwunden. Seit erstrahlt die frisch gedämmte Fassade in neuem Glanz, die renovierten Balkone bieten mehr Komfort, ein Aufzug garantiert barrierefreien Zugang zu allen Stockwerken und auf dem Dach sorgt eine PV-Anlage für nachhaltige Energie. Insgesamt 72 Gemeindewohnungen wurden umfassend thermisch saniert. Die Anlage, die Jahrzehnte auf dem Buckel hatte, präsentiert sich heute als zukunftsfitte Wohnadresse. Nur ein paar Ecken weiter, in der Klesheimstraße, beweist die Gemeinde Stockerau, dass sie den eingeschlagenen Weg konsequent fortsetzt. Hier laufen die Arbeiten noch, bis 2026 werden 32 Wohnungen energetisch und technisch auf den neuesten Stand gebracht.

Aufwertung mit Perspektive

Für die Stadt Stockerau ist das ein klares Signal: Bestehende Gemeindewohnungen sollen nicht nur erhalten, sondern deutlich aufgewertet werden. Hier kommt die WETgruppe ins Spiel und setzt beide Sanierungen im Auftrag der Gemeinde professionell um: „Die Sanierung der Wohnungsbestände ist für viele Gemeinden eine große Herausforderung. Die gute Nachricht: Sie sind damit nicht

In der Klesheimstraße werden derzeit 32 Wohnungen energetisch und technisch auf den neuesten Stand gebracht.

Information

www.wet.at
facebook.com/wetgruppe

Die Wohnhausanlage in der Stockerauer Schaumannngasse nach der Sanierung.



allein! Unsere jahrzehntelange Erfahrung bei Wohnhaussanierungen steht auch Kommunen zur Verfügung – und sorgt für massive Entlastung der Gemeindeverwaltungen“, sagt Christian Rädler, Geschäftsführer der WETgruppe.

Partner auf Augenhöhe

Ob Förderabwicklung, Baukoordination oder Abstimmung mit den Bewohnern: Die WETgruppe übernimmt, was Gemeinden im laufenden Geschäft schwer stemmen können. Mit Analysen, Wirtschaftlichkeitsberechnungen und zukunftsfähigen Strategien unterstützt die WETgruppe Gemeinden, den Bestand als Ressource zu sehen – und zu nutzen. Viele Gemeindewohnungen sind sanierungsbedürftig und aus Sicht der Gemeinden wirtschaftlich kaum mehr tragbar. Neben der Zusammenarbeit mit den Sanierungsprofis sind die Fördermittel des Landes grundlegend für die wirtschaftliche Umsetzbarkeit der Sanierungen.

Warum Gemeinden profitieren

Über 60 erfolgreich abgeschlossene Sanierungsprojekte der WETgruppe in den letzten Jahren zeigen aber, dass es sich lohnt, bestehende Gebäude zukunftsfit zu machen. Strategische Planung und professionelles Projektmanagement sind dafür erfolgsentscheidend. Zusammenarbeit auf Augenhöhe und Verständnis für die kommunale Arbeit sind Voraussetzung um zukunftsfitte Gemeindewohnungen entstehen. ■■■



VOLKSPARTEI

Mehr Hausverstand beim Bauen

die
Niederösterreich
partei

erosterreich



Die VPNÖ bringt größte Reform der Bauordnung seit über zehn Jahren

Bei der Arbeitsklausur der Volkspartei Niederösterreich in St. Pölten hat Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner gemeinsam mit dem VPNÖ-Spitzenteam die zentralen Vorhaben für die kommenden Monate vorgestellt. Ganz oben auf der Agenda: die Reform der Bauordnung.

„Niederösterreich ist das Land der Häuslbauer und Wohnungsbesitzer. Viele Gebäude sind in die Jahre gekommen und müssen saniert werden, doch überschießende Regeln machen es derzeit oft unmöglich, alte Häuser umzubauen oder zu sanieren, weil sie auf die heutigen Neubaustandards gebracht werden müssen. Damit machen wir jetzt Schluss: Was früher gereicht hat, wird auch in Zukunft reichen. Mit der neuen Bauordnung steigern wir die Effizienz und machen Sanieren einfacher“, so Landeshauptfrau Mikl-Leitner. Konkret bringt die Novelle spürbare Verbesserungen: Bei einem Dachbodenausbau könnte die bestehende Treppe mit einem Meter Breite bestehen bleiben, auch wenn nach aktuellen Regeln 1,2 Meter notwendig wären. Stellplatzaufgaben, die Projekte bisher oft unwirtschaftlich gemacht haben, entfallen. Türen dürfen bestehen bleiben, auch wenn sie um wenige Zentimeter schmaler sind als es die derzeit

gültige Rechtslage vorgibt. Und im gemeinnützigen Wohnbau können künftig mehr Wohnungen auf derselben Fläche errichtet werden, weil ein drittes Vollgeschoss möglich ist. „In Zukunft gibt es mehr Hausverstand im Wohnbau“, betont Mikl-Leitner.

Für die Gemeinden bedeutet die Bauordnungsnovelle eine klare Entlastung. Leerstehende Gebäude – vom alten Gasthaus bis zum Hofgebäude – können einfacher saniert und wieder genutzt werden. Das stärkt die Ortskerne, schafft neuen Wohnraum und verhindert zusätzliche Flächenversiegelung. Der Begutachtungsprozess läuft noch bis 7. Oktober, beschlossen werden soll die Reform vor Weihnachten, das Inkrafttreten ist im Frühjahr 2026 geplant.

Zugleich machte die Landeshauptfrau deutlich, dass das Land alles unternimmt, um Bauen leistbarer zu machen – viele Kompetenzen aber bei Bund und EU liegen: „Ein besonderer Quell bürokratischer Hürden sind die sogenannten ÖNORMEN. Sie zwingen Häuslbauer in ein enges, teures und bürokratisches Korsett.

Würde man sie zurückschrauben, könnte man ohne spürbaren Qualitätsverlust deutlich einfacher und preiswerter bauen. Hier werden wir nicht lockerlassen und Verbesserungen einfordern.“ ■■■

Bild: VP-Klubobmann Kurt Hackl, Landesrätin Christiane Teschl-Hofmeister, Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner und Wirtschaftskammer NÖ-Präsident Wolfgang Ecker präsentierten die Reform der Bauordnung.

“Was früher gereicht hat, wird auch in Zukunft reichen.“

Johanna Mikl-Leitner
Landeshauptfrau

INNOVATION

Hilfswerk: Neues Pflege-Lernzentrum in Krems

Pflegende Angehörige haben eine neue Anlaufstelle für Pflege- und Betreuungsthemen: Das Hilfswerk Niederösterreich startete im September mit seinem neu eingerichteten Pflege-Lernzentrum in Krems. In den hier angebotenen Kursen steht die Praxis absolut im Vordergrund.

Mit monatlichen Themenschwerpunkten rund um Pflege und Betreuung machen die Expertinnen und Experten des Hilfswerks gemeinsam mit externen Referentinnen und Referenten Wissen leicht zugänglich und direkt anwendbar. Themen wie „Mobilität und Selbstständigkeit zuhause“, Wundversorgung oder Aromapflege werden anschaulich und praxisnah aufbereitet und erklärt.

Vor allem pflegenden Angehörigen will man damit Sicherheit im Pflegealltag vermitteln. Aber auch Auszubildende sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Pflege- und Betreuungsbereich können hier ihr Wissen vertiefen. Das Pflege-Lernzentrum in der Karl-Eybl-Gasse 3a ist dabei weit mehr als ein gut ausgestatteter Seminarraum: Denn um die praktische Pflege und Betreuung gleich zu üben, wurde eine 40 m² große, barrierefreie Lernwohnung mit Pflegebett, rollstuhlgerechter Küche, demenzsensiblen Bad und vielen Smart Home-Funktionen eingerichtet.

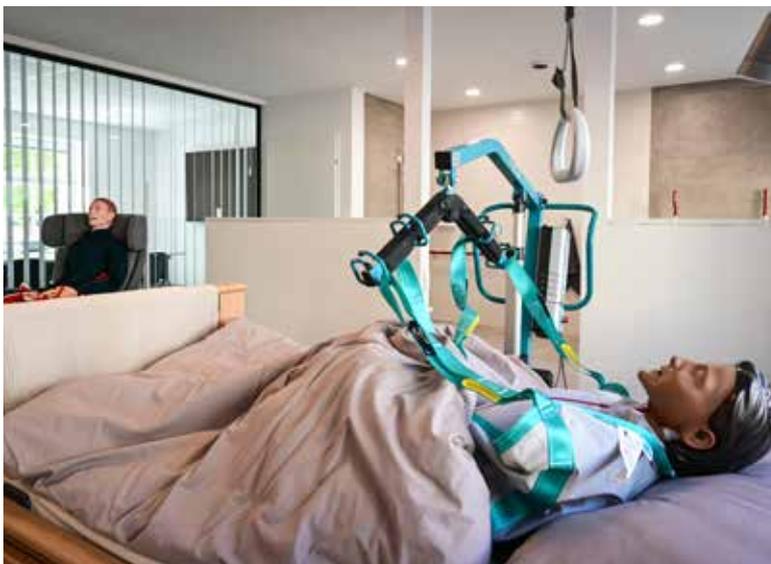
Auch für interne Weiterbildungen wird das Hilfswerk Niederösterreich in Zukunft den Standort nutzen, um Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Pflege und Betreuung vertiefendes Wissen zu vermitteln. Die Räumlichkeiten können auch für externe Veranstaltungen gebucht werden. ■■■

“ Das Pflege-Lernzentrum ist weit mehr als ein gut ausgestatteter Seminarraum.

i Information

**Pflege-Lernzentrum Krems,
Karl Eybl-Gasse 3a, 3500 Krems,
pflege-lernzentrum@noe.hilfswerk.at**
Die Teilnahme ist grobteils auch online möglich!
Informationen unter www.pflege-lernzentrum.at

TIPP: Auf Wunsch stellen wir Ihnen Informationsmaterial für Ihre Gemeinde zur Verfügung!



Die Lernwohnung enthält Pflegebett, rollstuhlgerechte Küche, ein demenzsensibles Bad und Smart Home-Funktionen.



Eröffnung des Pflege-Lernzentrum mit Landesrätin Christiane Teschl-Hofmeister, Hilfswerk-Präsidentin Michaela Hinterholzer und Hilfswerk-Pflegedirektorin Gabriela Goll.

Awareness-Training für mehr Cybersicherheit in Gemeinden

Eine praxisnahe Schulung soll Mitarbeiter für Risiken wie Social Engineering sensibilisieren und das Wissen über Datenschutz und Datensicherheit verbessern.

Die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) verfolgt ein Grundprinzip: die Sicherheit der Verarbeitung personenbezogener Daten. Die DSGVO gibt deshalb vor, technische und organisatorische Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit zu treffen. Zu den organisatorischen Maßnahmen zählt unter anderem die Sensibilisierung von Gemeindebediensteten durch entsprechende Schulungen.

Mitarbeiter müssen geschult werden

Soweit die Gemeinden in den

Geltungsbereich der NIS-2-Richtlinie fallen, besteht auch hier ein diesbezüglicher Bedarf an Schulungen. Um ausreichende Kenntnisse und Fähigkeiten zur Erkennung und Bewertung von Risiken sowie Managementpraktiken im Bereich der Cybersicherheit und deren Auswirkungen auf die von der Gemeinde oder dem Gemeindeverband erbrachten Dienste zu erwerben, müssen Leitungsorgane an Schulungen teilnehmen. Auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sind regelmäßig entsprechende Schulungen anzubieten.

Security-Awareness-Trainings können dabei helfen, das Wissen der Mitarbeiter über Datenschutz und Datensicherheit zu verbessern. Die Kommunalakademie Niederösterreich bietet im Herbst 2025 mehrere Termine für Awareness Cyber-Trainings in der Dauer von rund zweieinhalb Stunden online an.

Dieses Awareness Cyber-Training wurde entwickelt und betreut von der Fachhochschule St. Pölten in Zusammenarbeit mit linnovation e.U. sowie Bürotechnik Streif GmbH.



Saubere Module, volle Power!

Photovoltaikanlagen leisten einen wertvollen Beitrag zur nachhaltigen Energiegewinnung - vorausgesetzt, sie arbeiten mit maximaler Effizienz. Staub, Pollen und viele weitere Umwelteinflüsse setzen den Modulen jedoch mit der Zeit zu und mindern den Ertrag erheblich.

Die Lösung: eine professionelle Reinigung, materialschonend und mit modernster Technik. **Das Ergebnis:** Eine messbare Ertragssteigerung. **Saubere PV-Module zahlen sich aus!**

Kontaktieren Sie uns - unser Expertenteam ist gerne für Sie da.

Maschinenring-Service NÖ-Wien eGen

15x in ganz Niederösterreich

T 0 59060 300 E service.noe@maschinenring.at

www.maschinenring.at

Baummanagement
 Forst & Energie
 Gartengestaltung
 Grünraumpflege
 Reinigung
 Winterdienst

Die Profis vom Land



Maschinenring



Beim Social Engineering nutzen Angreifer den „Faktor Mensch“ als vermeintlich schwächstes Glied der Sicherheitskette aus, um ihre kriminellen Absichten zu verwirklichen.

Mitarbeitende für Gefahren sensibilisieren

Ziel des Trainings ist es, Mitarbeitende von Gemeinden und Gemeindeverbänden für Social Engineering als eine der größten Bedrohungen der Cybersicherheit zu sensibilisieren. Im Fokus stehen die Identifikation potenzieller Schwachstellen in der Sicherheitskultur sowie der praxisnahe Aufbau von Awareness, um die

Sicherheitskompetenz zu stärken und Risiken frühzeitig zu erkennen.

Demonstration eines Hackergangriffs

Im Rahmen eines interaktiven Live Hacking-Teils werden verschiedene Social-Engineering-Angriffe praxisnah demonstriert. Die Teilnehmenden erleben diese Angriffe aus Angreiferperspektive und lernen anschließend praxisnahe Maßnahmen zur



TERMINE

17.10.	09:00 - 11:30 Uhr
4.11.	13:00 - 15:30 Uhr
1.12.	13:00 - 15:30 Uhr
11.12.	13:00 - 15:30 Uhr



Anmeldung

www.kommak-noe.at

Rubrik „Kursprogramm“ –
„Gemeindebedienstete – Digitalisierung“

WET GEMEINSAM. BESSER. BAUEN.
gruppe

IHR PARTNER FÜR WOHN- UND ORTSENTWICKLUNG.

Die WETgruppe bietet Gemeinden eine starke Basis und ein breites Leistungsspektrum rund um Immobilien und Wohnbau – von der Planung bis zur langfristigen Betreuung.

UNSER ANGEBOT FÜR GEMEINDEN:

- Neubau & Quartiersentwicklung
- Junges Wohnen
- Betreutes Wohnen & Generationenprojekte
- Ortskernbelebung
- Sanierung & Klimaschutz
- Hausverwaltung
- Örtliche Bauaufsicht & Projektsteuerung



Zuhause in Niederösterreich

www.wet.at

GEMEINWOHL

Regionales Geld für regionale Projekte

Gemeinschaftsstiftungen sind ein innovatives und bewährtes Modell zur Förderung des Gemeinwohls auf regionaler Ebene. Sie bieten die Möglichkeit, Ressourcen zu bündeln und soziale, kulturelle sowie ökologische Projekte nachhaltig zu unterstützen. Damit schaffen sie nicht nur finanzielle Mittel für wichtige Anliegen, sondern stärken auch das Miteinander in einer Region. Jetzt wird die erste in Österreich gegründet. [VON FRIEDRICH RUHM](#)

Das Besondere an Gemeinschaftsstiftungen ist ihre enge regionale Verankerung und die aktive Einbindung der lokalen Bevölkerung. Anders als klassische Stiftungen werden sie von vielen Stifterinnen und Stiftern gemeinsam getragen und widmen sich einer Vielzahl gemeinnütziger Zwecke. So entsteht ein langfristig stabiles Förderinstrument, das unabhängig agieren und flexibel auf gesellschaftliche Herausforderungen reagieren kann.

Förderung der Gemeinschaft

Gemeinschaftsstiftungen sind ausschließlich gemeinnützig und entstehen aus einer Region – für eine Region. Sie ermöglichen, Ressourcen zu bündeln und soziale, kulturelle oder ökologische Projekte nachhaltig zu unterstützen. Das können bestehende Vereine sein, ebenso wie neue Ideen engagierter Menschen. Ein Beispiel ist die Gemeinschaftsstiftung Mühlviertel in Oberösterreich: Zwei Regionalvereine haben sich zusammengeschlossen, um bestehende Angebote wie eine Singgruppe, aber auch neue Initiativen in den Bereichen Soziales, Jugend und Zusammenleben zu fördern.

Andere Initiativen in Österreich widmen sich Themen wie Orten der Begegnung, Natur- und Landschaftsschutz oder regionalen Kulturveranstaltungen.

Fundraising und Steuerbegünstigung

Um Projekte langfristig finanzieren zu können, braucht eine Gemeinschaftsstiftung neben dem Gründungskapital auch laufendes Kapital. Dieses wird vor allem über Fundraising gesammelt – also über Geld- und Sachspenden von Privatpersonen oder Unternehmen aus der Region. Finanzielle Zuwendungen zur Ausstattung der Stiftung sind – je nach Stiftungszweck – bis zu zehn Prozent der jährlichen Einkünfte des Spenders steuerlich absetzbar. Beantragt die Stiftung nach einem Jahr die Spendenbe-



Die entstehende Gemeinschaftsstiftung Mühlviertel will regionale Projekte wie Schulführungen im Naturschutzgebiet Tannermoor fördern.

© Verband Mühlviertler Alm

günstigung, können auch laufende Spenden steuerlich geltend gemacht werden. Neben Geld ist das Engagement von Menschen entscheidend. Viele Stiftungen arbeiten überwiegend mit Ehrenamtlichen, die bei Bedarf auch eine Aufwandsentschädigung erhalten können. Engagieren können sich sowohl bereits aktive Menschen als auch Personen mit einem Bezug zur Region oder mit konkreten Projektideen.

Unterstützung für Interessierte

In Österreich begleitet der „Verband für gemeinnütziges Stiften“ (VgS) Interessierte bei Planung und Gründung. Der VgS ist die Interessenvertretung gemeinnützig aktiver Stiftungen mit über 145 Mitgliedern. Er bietet Publikationen, kostenlose Materialien sowie Seminare, Webinare und Workshops an. Darüber hinaus steht der Verband Interessierten auch für eine persönliche Erstberatung zur Verfügung. ■■■

i Info

Haben Sie Interesse an einer Gemeinschaftsstiftung?

Der Verband für gemeinnütziges Stiften bietet Interessierten eine Erstberatung und Unterstützung an. Weitere Informationen und Kontakt unter www.stiften.at

Gemeindetag in Klagenfurt: Reformen, Finanzen und mehr Frauen in der Politik

Beim Gemeindetag in Klagenfurt dominierten Reformforderungen und finanzielle Engpässe die Diskussionen. Doch zum Auftakt rückte ein anderes Thema in den Mittelpunkt: die Rolle der Frauen in der Politik.

Doris Schmidauer, Ehefrau von Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Schirmherrin der österreichischen Bürgermeisterinnen, stellte klar: „Frauen sind auf keiner Ebene ihrem Bevölkerungsanteil entsprechend vertreten.“ Auch Bürgermeisterin Maria Knauder aus St. Andrä im Lavanttal kritisierte, dass Kinderbetreuung „noch immer großteils in den Händen der Frauen liegt“ – was politisches Engagement oft unmöglich mache. Für Silvia Häusl-Benz, Bürgermeisterin von Pörschach, braucht es gezielte Programme, „die Frauen fördern und ihnen den Einstieg in die Politik erleichtern“. Bundespräsident Alexander Van der Bellen appellierte dann an das Verantwortungsgefühl aller politischen Ebenen. „Die Wirtschaft verlangt Investitionen, die Budgetlage verlangt Reformen. Österreich ist unser gemeinsames Projekt – und wir alle tragen Verantwortung dafür.“ Vertrauen sei vorhanden: Eine aktuelle Umfrage zeige, dass Bürgermeisterinnen und Bürgermeister nach wie vor hohes Ansehen genießen. Gemeindebundpräsident Johannes Pressl mahnte dennoch: Das Vertrauen in die Kommunalpolitik liege zwar bei 54 Prozent, doch sinke die Bereitschaft zur Beteiligung, während die Erwartungen stetig steigen.

„Früher war es Individualismus, heute oft Egoismus“, meinte er. Er forderte daher eine Netto-Null-Neuverschuldung bis 2030, eine faire Mittelverteilung – etwa bei CO₂-Bepreisung und Digitalsteuer – sowie eine moderate Anpassung der seit 40 Jahren unveränderten Grundsteuer.

Auch bei den Strukturen drängt Pressl auf Reformen. Die Gemeinden seien bereit, die Kinderbetreuung vollständig zu übernehmen – im Gegenzug wünsche man sich eine Entlastung in der Gesundheitsfinanzierung. Fusionen lehnt er ab, setzt aber auf Multidienstleistungsverbände, um Aufgaben wie Wasser, Kanal oder Verwaltung effizient zu bündeln. Digitalisierung könne helfen, Nahversorgung in Ortszentren zurückzubringen – etwa mit automatisierten Selbstbedienungsläden. Zudem rief er zur Nutzung der ID-Austria auf.

Bundeskanzler Christian Stocker stellte die dramatische Finanzlage offen dar: „Die Einnahmen sind hoch – aber die Ausgaben sind höher.“ Pandemie, Energiekrise und Inflation hätten ihre Spuren hinterlassen. „Wir dürfen uns nicht zu Tode sparen. Ziel muss sein, Leistungen zu sichern und Ressourcen klug zu nutzen“, so Stocker. Er begrüßte die Reformpartnerschaft zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Im Fokus: bessere Bildung, effiziente Verwaltung und eine funktionierende Gesundheitsversorgung. „Es geht nicht darum, wer recht hat – sondern dass wir gemeinsam gewinnen.“ ■■■



Bundeskanzler Christian Stocker, Bundespräsident Alexander van der Bellen, seine Frau Doris Schmidauer und Gemeindebundpräsident Johannes Pressl am Gemeindetag.

IMPRESSUM

Herausgeber:

NÖ GEMEINDEBUND
(Kommunalpolitische Vereinigung - KPV)
3100 St. Pölten, Ferstlergasse 4
ZVR 959071656

Internet: www.noegemeindebund.at

Mit der Herausgabe beauftragt:

Landesgeschäftsführer Werner Brandstetter, MSc

Medieninhaber:

Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH,
1010 Wien, Löwelstraße 6,
Tel.: 01/532 23 88-0

Chefredakteur:

Mag. Helmut Reindl,
E-Mail: helmut.reindl@kommunal.at
Mitarbeit: Daniela Linauer

Grafik: Österreichischer Kommunal-Verlag,
Thomas Max, E-Mail: thomas.max@kommunal.at

Anzeigenverkauf:

Tel.: 01/532 23 88-0
Burcin Hoffmann (Leitung)
burcin.hoffmann@kommunal.at

Hersteller:

Walstead Leykam Druck, 7201 Neudorf

Erscheinungsort:

2700 Wr. Neustadt

Auflage kontrolliert:

12.800 Exemplare.

Direktversand ohne Streuverlust
an folgende Zielgruppen in NÖ:
Mandatare und leitende Bedienstete in allen NÖ
Gemeinden (Bürgermeister, Vizebürgermeister,
Stadt- und Gemeinderäte, Ortsvorsteher und leitende
Gemeinbedienstete). Alle NÖ Abgeordneten
zum National- und Bundesrat sowie Landtag, alle
Mitglieder der Landes- und Bundesregierung und
alle Abteilungsleiter und deren Stellvertreter beim
Amt der NÖ Landesregierung. Alle Bezirkshauptleute
und deren Stellvertreter sowie alle Fachjuristen
der Bezirkshauptmannschaften in NÖ. Alle Leiter
und deren Stellvertreter der Gebietsbauämter
in NÖ sowie alle Sachverständigen des Landes,
der Bezirkshauptmannschaften und der Gebiets-
bauämter. Alle Bezirks- und Landesfunktionäre
sowie leitenden Bedienstete der gesetzlichen
Interessenvertretungen in NÖ (Wirtschafts-, Land-
wirtschafts- und Arbeiterkammer) sowie alle Abteil-
ungsleiter von Landesgesellschaften. Alle Funk-
tionäre und Geschäftsführer von in NÖ relevanten
Verbänden, Organisationen und Institutionen.
Namentlich gezeichnete Artikel geben die Meinung
der jeweiligen Autoren wieder und liegen in deren
alleiniger Verantwortung. Persönlich gezeichnete
Berichte müssen sich daher nicht mit der Auffassung
des Herausgebers oder des Medieninhabers decken.



produziert gemäß Richtlinie Uz24 des
Österreichischen Umweltzeichens,
Let's Print Holding AG, UW-Nr. 808



**Die bei uns geht
was weiter Bank.**

Die HYPO NOE finanziert mit Weitblick in Österreichs Gemeinden. Darum können auch kommende Generationen auf unsere innovativen kommunalen Lösungen bauen: vom Kindergarten bis hin zum Hochwasserschutz. Mehr dazu auf hyponoe.at